

Bildung im Memorandum 2018: Die Bildungsversprechen der Regierungen – wieder gescheitert

Tobias Kaphegyi
Im Feuerhägle 2
72072 Tübingen
e-mail:
tobiaskaphegyi@googlemail.com
Tel.: 0176-61043724

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

1

Zur Person

- Magister in Politikwissenschaft und Empirischer Kulturwissenschaft .
- Lehrbeauftragter an der Dualen Hochschule Baden Württemberg.
- freiberuflicher Wissenschaftler und Dozent.
- Mitarbeit bei der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik seit 2005. Hauptverantwortlich für die Kapitel zur Bildungsökonomie und – politik.
- Studien zur Bildungsökonomie, Bildungsfinanzierung und zur bildungspolitischen Agenda der Arbeitgeberverbände
- ehrenamtlich aktiv bei ver.di und im DGB.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

2

Zur Person



10.09.2018

- Schwerpunkte der letzten Jahre:
 - Privatisierung im Bildungsbereich (z.B. Memo 2009, 2012, Sammelband von Thöne/Eicker-Wolf).
 - Arbeitgeberlobbyismus im Bildungsbereich, „Bildung 4.0“ (z.B. Analyse des Bildungsmonitors der INSM für die MTS, Memo 2015).
 - Bildungsfinanzierung (z.B. im Memorandum 2013 und 2014).
 - Bildung und Armut, „vorsorgender Sozialstaat“, Bildungsrepublik (Sammelband Held/Billmann 2012, Memo 2017)

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

3

Aktuellste Arbeiten und Tätigkeiten

- „Der Alternative BAföG-Bericht“. Herausgegeben vom DGB (2016).
- Broschüre für die GEW (2017): „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie.“
- **Momentan:** Erstellung eines Indikatorensets für die Kommunalpolitik für den DGB Baden Württemberg.
- **Ab Oktober:** Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung im Promotionskolleg „Rechtspopulismus und exkludierende Sozialpolitik“ an der Uni Tübingen

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

4

Inhalt des heutigen Seminars

- Teil 1: Das neoliberale Bildungsversprechen: Bildung als Sozialstaat und individueller Aufstiegsgarant.
- Teil 2: Das zweifache Scheitern des neoliberalen Bildungsversprechens
- Teil 3: Ursachen des Scheiterns.
- .

Vorbemerkungen zum heutigen Vortrag

- Es werden immer wieder **Inhalte aus früheren Memoranden** vor 2017 eingebaut (Grundlagen).
- Es fließen auch viel **soziologische und politikwissenschaftliche Inhalte** mit ein (Interdisziplinär).

Teil 1: Das neoliberale Bildungsversprechen

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

7

1.1) Kernpunkte des neoliberalen Bildungsversprechens der Politik

- Bildung allein schafft Wachstum und ist „Schlüsselthema“ für die „ökonomische Zukunft“ Ds (z.B. Koalitionsvertrag 2018).
- Bildung garantiert individuelle Aufstiegschancen (z.B. CDU u. SPD seit den 2000er Jahren).

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

8

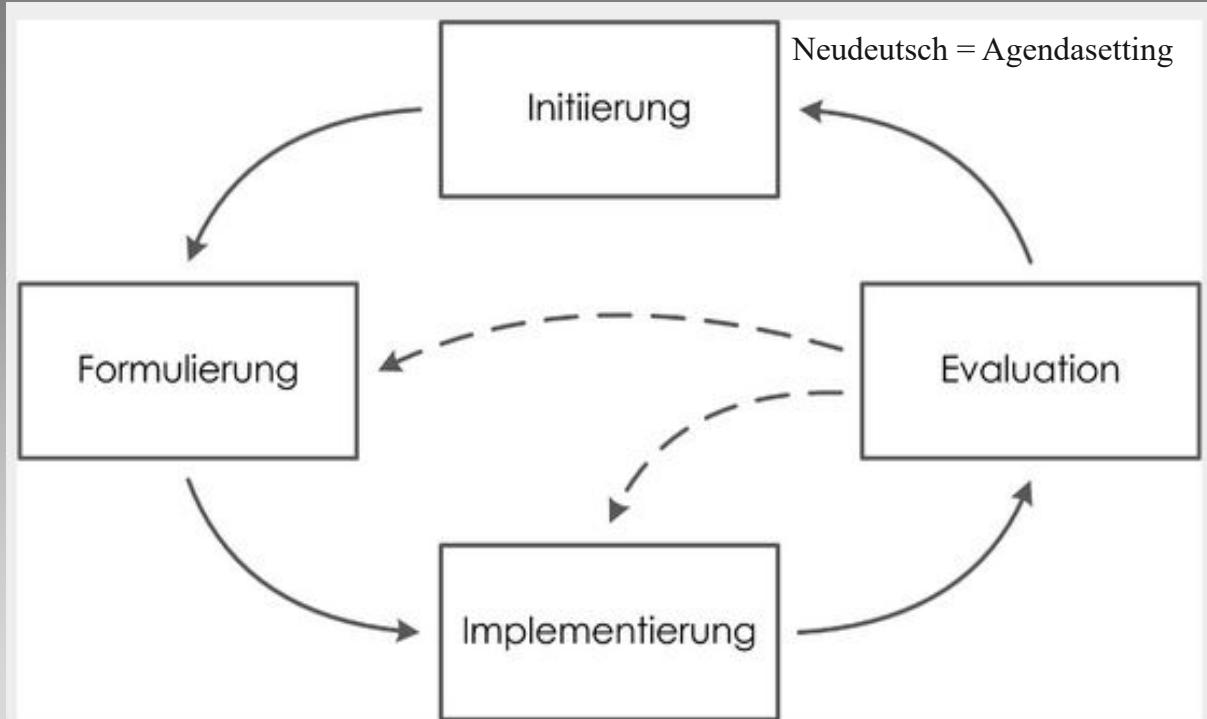
1.1) Kernpunkte des neoliberalen Bildungsversprechens der Politik

- Bildungschancen garantieren Gerechtigkeit (CDU u. SPD seit den 2000er Jahren).
- Bildung ist der beste Sozialstaat (CDU seit 2008 „Bildungsrepublik“).
- Aus den vorgenannten Gründen sollen Bildungsausgaben massiv erhöht werden (Wahlkampf 2017, Koalitionsvertrag 2018)

1.2) Entstehung und Entwicklung des neoliberalen Bildungsversprechens / Bildungshypes

- Anhand des Policy-Cycles

Der „Policy-Cycle“ = Wie Gesetze/Regierungshandeln in die Welt kommen/kommt



10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

11

Vor PISA (2001): Bildungs- reform- stagnation

- Eherne bürgerliche Überzeugungen (z.B. in der CDU):
- „Mit einem im internationalen Vergleich nicht einmal überdurchschnittlichen Finanzmittelanteil [...] am Bruttonsozialprodukt ist das deutsche Bildungssystem einer der wichtigsten Faktoren für den Standort ‘D’. Schule in Deutschland ist gerecht, sie ist fachlich fundiert, und sie bietet Chancen, wie keine andere öffentliche Schule der Welt“
- Josef Kraus (1998), (Ex-) Präsident des deutschen Lehrerverbandes.
Quelle: Ders. (1998): Spaßädagogik: Sackgassen deutscher Schulpolitik, München: 11

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

12

Was war die PISA-Studie (2001)?

- Internationaler Vergleich der Leistungen von 15-Jährigen durch die OECD.
- In Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften („Basale Kulturtechniken“).
- Hauptergebnisse:
- 1.) Deutschland schneidet nicht so gut ab, wie vermutet (Mittelfeld).
- 2.) Bildungsergebnisse in D sind massiv von der sozialen Herkunft abhängig.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

13

Medienresonanz von PISA

(Quelle: Tillmann, Klaus-Jürgen (2015): Der PISA-Schock im Spiegel der Medien. In: Klemm, Klaus / Roitsch, Jutta (Hg.): Hauptsache Bildung, Münster / New York, S. 9-26

Der „PISA-Schock“ im Spiegel der Presse

21

Tabelle 3: Zahl der Presseartikel zur Schulstruktur in den überregionalen Leitmedien

Zeitung	Phase I (vor PISA-I)	Phase II (nach PISA-I)	Phase III (nach PISA-E)	Gesamt
	8/01–11/01	12/01–7/02	8/02–12/02	
Der Focus	6	34	7	47
Der Spiegel	6	22	9	37
Süddeutsche Zeitung	5	148	105	258
Die Zeit	5	53	44	102
Gesamt	22	257	165	444

Zitat:

Sowohl die regionale Tagespresse als auch die überregionalen Leitmedien schreiben in einem Umfang und in einer Häufigkeit, die alle bisherigen Berichterstattungen über Ergebnisse der Bildungsforschung weit in den Schatten stellt. Dies hält (mit gewissen Schwankungen) mindestens bis Ende 2012

10.09.2018

Agendasetting durch die Medien nicht immer im Sinne der Politik!

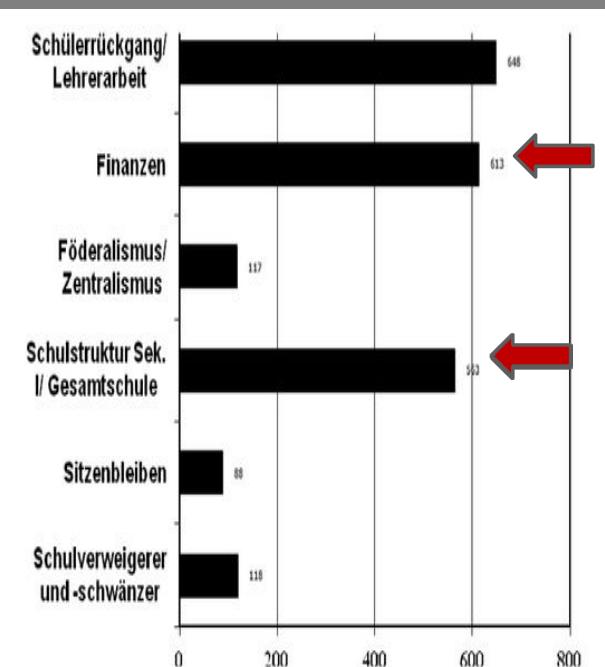
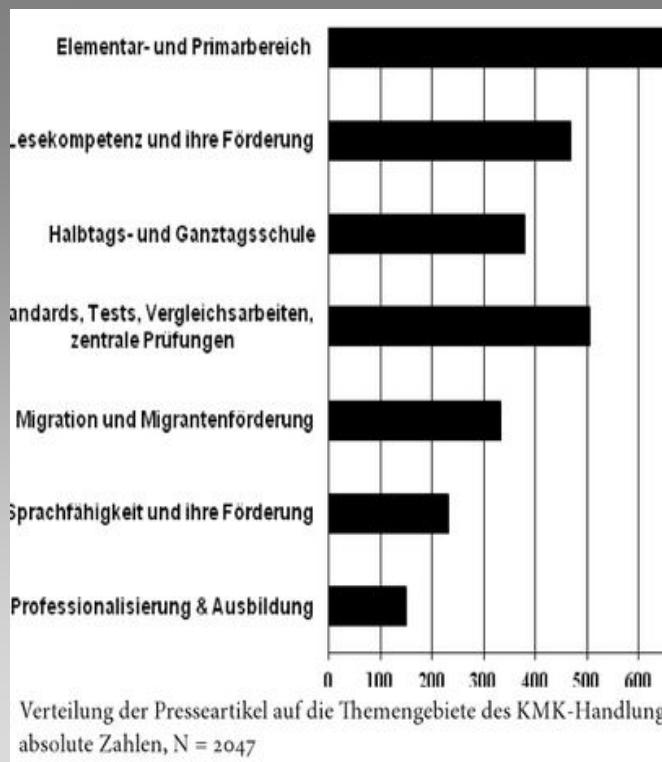


Abb. 3: Verteilung der Presseartikel auf Themengebiete jenseits des KMK-Handlungskatalogs absolute Zahlen, N = 2047

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

15

Politikformulierung: Bildung (und Bildungsfinanzierung) bis heute das Mega-Konsens-Thema!

- **Beispiel Bundestagswahlkampf 2013:**
- CDU/CSU:
„Ausgaben für Bildung weiter steigern“, „Bildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen soll den Ausbau der bedarfsgerechten Ganztagsbetreuung und eine technisch zeitgemäße Ausstattung der Schulen gewährleisten.“

Quelle:
https://www.tagesschau.de/wahl/parteien_und_programme/programmvergleich-bildung100.html

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

16

Politikformulierung: Bildung (und Bildungsfinanzierung) bis heute das Mega-Konsens-Thema!

Quelle:
https://www.tagesschau.de/wahl/parteien_und_programme/programmvergleich-bildung100.html

- **Beispiel Bundestagswahlkampf 2013:**
- SPD:
"gebührenfreie Bildung“ , „Chancengleichheit im Bildungssystem herstellen“, Ab 2014 sollen jährlich 20 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung investiert werden, die zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden.“

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

17

Politikformulierung: Bildung (und Bildungsfinanzierung) bis heute das Mega-Konsens-Thema!

Quelle:
https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundesparteitag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf

- **Beispiel Bundestagswahlkampf 2017:**
- SPD:
"Der Bund soll in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren können. Darüber hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes.“

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

18

Politikformulierung: Bildung (und Bildungsfinanzierung) bis heute das Mega-Konsens-Thema!

Quelle:<https://www.fdp.de/forderung/1-2>

- **Beispiel Bundestagswahlkampf 2017 :**
- FDP:
„Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass – gemessen am Staatshaushalt – **Deutschland zu den führenden fünf Ländern** der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt.“

10.09.2018

19

Politikformulierung: Bildung (und Bildungsfinanzierung) bis heute das Mega-Konsens-Thema!

Quelle:Bildungsmonitor 2012,

■ Zitat: Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Die Höhe der öffentlichen Ausgaben für das Bildungssystem spielt aus volkswirtschaftlicher Sicht eine große Rolle. Zahlreiche Untersuchungen haben gezeigt, dass sie das Wirtschaftswachstum steigern, die Produktivität erhöhen und soziale Ungleichheit verringern können. Darüber hinaus tragen sie zur persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bei (OECD, 2006a, 253; Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2008, 29 ff.; 2010, 28 ff.; 2012, 36 ff.; Colombier, 2011). Wenn marktwirtschaftliche Mechanismen nicht in der Lage sind, ein ausreichendes Bildungsangebot in der gewünschten Qualität bereitzustellen, ist ein staatlicher Eingriff notwendig, da der gesellschaftliche Nutzen von Bildung den unmittelbaren privaten Nutzen übersteigt. Im Bildungssystem tritt ein solches Marktversagen vor allem auf den unteren Stufen auf (OECD, 2006a, 196; Stettes, 2006, 44), sodass eine staatliche Finanzierung unerlässlich ist.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

20

1.3) Warum ist dieser konsensuale „Hype“ um Bildung ein „Neoliberaler“?

- Weiter auf dem Arbeitsblatt:
- Finde den Unterschied!
- 1.) Aktuelles sozial- und christdemokratisches Verständnis von Bildung.
- 2.) Bildungsverständnis der GEW.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

21

Bildungsverständnis der GEW

- Bildung ist ein Menschenrecht.
- Muss umfassend verwirklicht werden.
- Bildung befähigt Menschen zur eigenen und demokratischen, gesellschaftlichen Entfaltung.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

22

Aktuelles Bildungsverständnis

- Statt Umverteilung – Bildung = weitgehender Ersatz für den Sozialstaat.
- „Es muss erst erwirtschaftet werden, was umverteilt wird“ = Tabuisierung höher Steuern auf Reichtum und Vermögen.
- „Wohlstand für Alle durch Bildung für Alle“! = Bildungschancen als Mittel zum ökonomischen Zweck.
- Vorrang der Ökonomie vor dem Menschenrecht auf Bildung.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

23

Spannend! Ein Denkanstoß:

- Der neoliberale Bildungshype in der Politikformulierung beginnt nach dem „PISA-Schock“.
- Zwei Fliegen mit einer Klappe?
 - 1.) Bildung als neoliberale Lösung des Sozialabbaus.
 - 2.) Aktive Behandlung des „PISA-Schocks“

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

24

Exkurs: Unterschiedliche Bildungsverständnisse (Ursprünge)

Bildung als (soziales) Menschenrecht

Absicherung v
Demokratie u.
menschlicher
Gesellschaft

10.09.2018

z.B. „Kulturelles Kapital“
sorgt für Ungleichheit

Humboldtsches
Bildungsverständnis
Entfaltung der
Persönlichkeit

Humankapitaltheorie

Bildung als
Produktionsfaktor

Mischformen

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

25

Exkurs: Pierre Bourdieu (1930-2002)



- Einer der wichtigsten SoziologInnen. Leben und Wirken in Frankreich.
- Sehr politisch und sozial engagiert. Aus ärmeren Verhältnissen stammend.
- Arbeitete sehr empirisch.
- Entwickelte eine „Theorie der Praxis“ und eine „relationale Klassentheorie“. Analysierte das französische Bildungssystem.
- Bezieht sich vor allem auf Marx, Max Weber und Durkheim

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

26

Bildung = Kulturelles Kapital nach Bourdieu

- Gesellschaftliche Schichten entstehen nicht nur aus der Anhäufung (Akkumulation) von Geld und Besitz (ökonomisches Kapital) über die Zeit.
- Auch kulturelles Kapital wird in Familien akkumuliert (z.B. Sprachen, Bildung, Musik). **Meist unbewusst!**
- Das Schulsystem belohnt die Kinder, die schon mit mehr kulturellem Kapital von zu Hause ausgestattet sind.
- Kulturelles Kapital ist körpergebunden und muss über Zeit und Engagement der Bezugspersonen erarbeitet werden.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Wissenschaftliches Arbeiten

27

Hirnforschung bestätigt Bourdieu – (früh)kindliches Lernumfeld und Kontakte, nicht „Begabungen“ sind wichtig!

- Extremfall Armut verdeutlicht die Stärke von klassenspezifischer Sozialisation bis in die organische Gehirnentwicklung von Kleinkindern hinein.
- Wichtig sind die ersten Bezugspersonen und ob diese „feindseliges Erziehungsverhalten“ zeigen.
- Wichtig sind auch anregungsstarke Lernumfelder.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

28

Psychosoziale Folgen von Armut und Arbeitslosigkeit

- Auswirkungen auf Erwachsene seit den 1930er Jahren bekannt (Marienthalstudie).
- Depression, Antriebsschwäche, Suchtgefahr etc.
- Verhalten gegenüber Kindern kann sich durch den Armutsstress verändern: feindselig, intrusiv, abgelenkt etc.
- Was macht die Prekarisierung der Arbeitswelt = ständige Bewährungsproben (Dörre), Unsicherheit, strukturelle Gewalt gegenüber den Eltern.

Exkurs Ende

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

29

1.4) Die aktuell dominante ökonomische Rolle von Bildung – woher kommt sie?

- Seit ca. Mitte der 1990er Jahre.
- BILDUNG statt UMVERTEILUNG/Sozialstaat.
- Quelle liegt in den „neuen Wachstumstheorien“
- Aufgegriffen durch Sozialdemokratien in den 1990er Jahren aufgrund der Dominanz des Neoliberalismus: Politik der „neuen Mitte“ / „New labour“

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

30

Neue Rolle von Bildung in der neoliberalen Wirtschaftstheorie:

- Neoliberalen Arbeiten zur Wachstumswirkung von Bildung berufen sich auf „Neue Wachstumstheorien“ (z.B. Mankiw et al. 1992, Barro 1997).
- Bildung wird dort wie Sachkapital als Inputfaktor verstanden (=Humankapital).
- Wie in der neoklassischen Wachstumstheorie wg. der Gleichgewichtsannahme (bei freier Preisbildung): Inputerhöhung = automatischer Wachstumszuwachs.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

31

1.5) Neue Rolle von Bildung und ihre Kritik

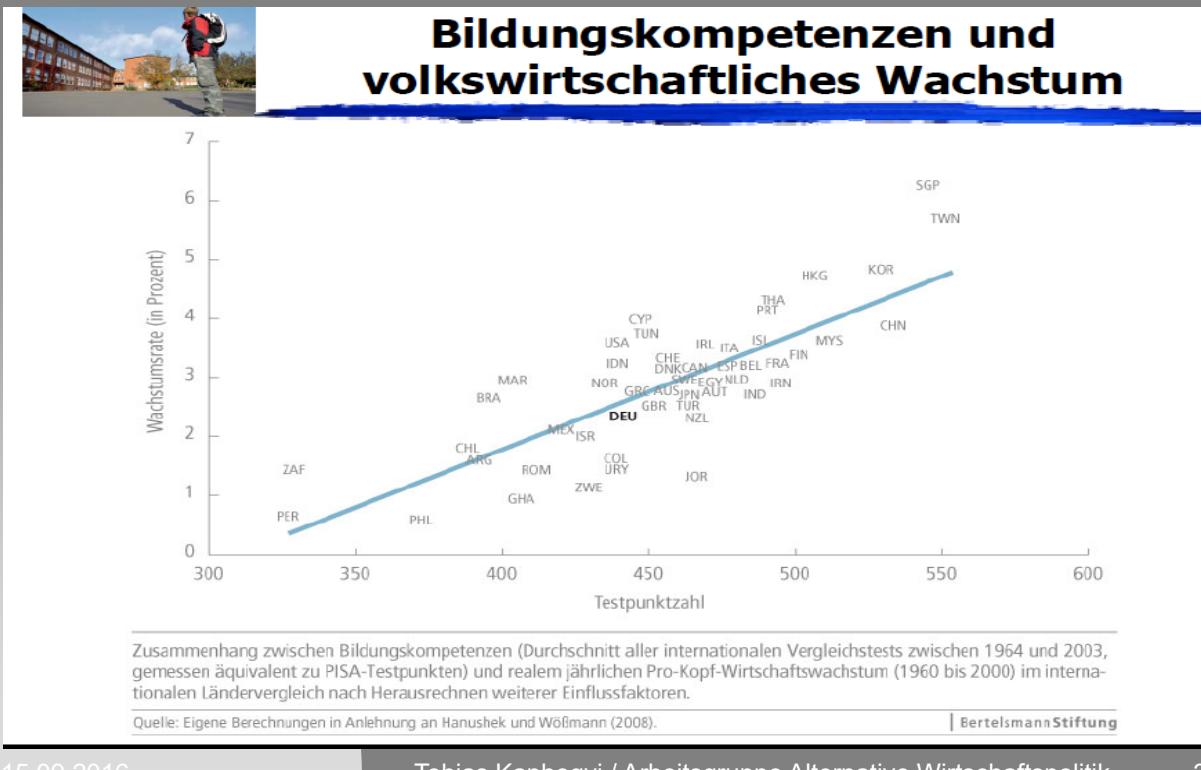
- Bessere Bildung wird in neoliberalen Studien automatisch mit mehr Beschäftigung gleichgesetzt. Mehr Beschäftigung mit mehr Wertschöpfung. Mehr Wertschöpfung mit mehr Wachstum (ohne empirische Prüfung).
- Bildung bedeutet in der Realität aber auch immer höhere Arbeitsproduktivität. Kann Arbeitsplätze kosten.
- Was ist generell mit der Nachfrage? Findet keine Beachtung.
„Arbeitslosigkeit würde [...] nur dann reduziert, wenn das [...] erwirkte Nachfragewachstum größer wäre als die via Bildung gewachsene Arbeitsproduktivität“ (Memo 06)

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

32

Beispiel für eine falsche, bzw. spekulative ökonomische Einordnung von Bildung: (Piopiunik/Wößmann 2010)



15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

33

Beispiel für eine falsche, bzw. spekulative ökonomische Einordnung von Bildung: (Piopiunik/Wößmann 2010)



15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

34

Beispiel für eine falsche, bzw. spekulative ökonomische Einordnung von Bildung: (Piopiunik/Wößmann 2010)



Parameter des Projektionsmodells 1/2

- **Reform:**
 - Beginn: **2010**
 - Umsetzung: **10** Jahre (schrittweise linear)
- **Zeithorizont** der berücksichtigten Erträge: **bis 2090**
 - Lebenserwartung eines heute geborenen Kindes (79,8 Jahre)
- **Wachstumskoeffizient:** **1,265** ←
 - Prozentpunkte zusätzliches jährliches Wachstum pro 100 PISA-Punkte
- **Diskontrate:** **3%**
- **Potentialwachstum:** **1,5%**
 - Durchschnittliches jährliches Potentialwachstum 1993-2008: 1,51%

Kritik an Piopiunik / Wößmann 2010

- Ergebnisse einer Regressionsanalyse werden als kausaler Zusammenhang interpretiert.
- Zusammenhang zwischen Bildung u. Wirtschaftswachstum kann in beide Richtungen vorhanden sein, bzw. auch reziprok sein (z.B. sich gegenseitig aufschaukelnd).

Kritik an Piopiunik / Wößmann 2010

- Man sollte keine Regressionsanalysen ohne stichhaltige Theorie machen.
- Leerstelle bei Wößmann:
Wer besser gebildet ist, bekommt nicht automatisch einen Job: Wirtschaftslage? Bedarf? (siehe z.B. Südeuropa)
- Andersherum ist der Zusammenhang soziologisch belegt: Mehr Geld der Eltern wirkt sich positiv auf die Bildungsergebnisse der Kinder aus. Armut ist ein sozialpsychologischer Teufelskreis (z.B. Depression der Eltern), der Bildung negativ beeinträchtigt.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

37

Was Bildung leisten kann und was nicht / Ökonomische Einordnung

- Fazit:

„Bildung alleine ist also auch kein Garant zur Behebung von Arbeitslosigkeit. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt neben Verbesserungen des Bildungssystems mehr Binnennachfrage, andere Verteilungsverhältnisse und eine Verkürzung der Arbeitszeit voraus.“
(Memo 06, S. 111)

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

38

Teil 2

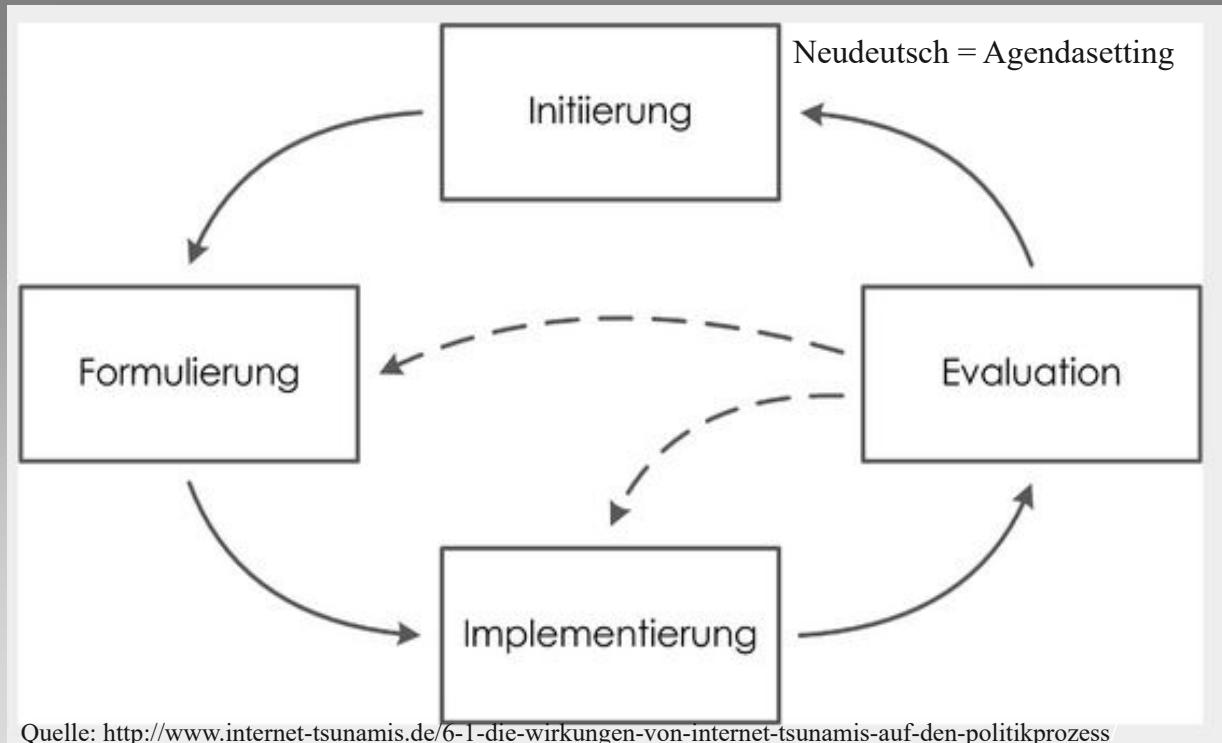
Das zweifache Scheitern neoliberaler Bildungsversprechen

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

39

Der „Policy-Cycle“ =
Wie Gesetze/Regierungshandeln in die Welt kommen/kommt



10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

40

2.1) Erste Implementierung und erstes Scheitern des neoliberalen Bildungsversprechens.

Was ist die merkelsche Bildungsrepublik (2008-2015) und welche Ergebnisse bringt sie?

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Wissenschaftliches Arbeiten

41

Zur Erinnerung:

- Politikformulierung: Alle Parteien und Verbände fordern seit dem PISA-Schock 2000:
- „**Mehr Bildung – Mehr Geld für Bildung!**“

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Wissenschaftliches Arbeiten

42

Implementierung ab 2008: Die Merkelsche „Bildungsrepublik“: Bildung wird „Chef-Sache“!

- Unter großem Medienecho trifft sich Merkel mit allen Ministerpräsidenten der Länder zum „Bildungsgipfel“.
- Es werden transparente Bildungsziele festgelegt.
- Ausgefeiltes machtpolitisches Handeln vor der Wahl in 2009!!
- „Asymmetrische Demobilisierung“ (Forschungsgruppe Wahlen) der SPD-Anhänger_innen.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

43

Implemen- tierung ab 2008:

Die Merkel- sche „Bildungs- republik“

- **Zielindikatoren:**
- Halbierung des Anteils junger Erwachsener ohne Ausbildung (von 17 auf 8,5 %).
- Halbierung des Anteil von Schulabgänger_innen ohne Abschluss von 8 auf 4 %.
- Ausbau Kinderbetreuung auf 35 % (unter Dreijährige).
- Studienanfängerquote 40 %.
- Weiterbildungsquote 50 %.
- Bildungs-, Forschungs-, und Entwicklungsausgaben 10 % / BIP

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

44

Ziele der Bildungsrepublik nach Indikatoren

	Ausbau Kindertagesbetreuung (unter Dreijährige)	Weiterbildungs-beteiligungs-quote	Studienanfänger_innen-quote (eines Jahrgangs)	Schulabgänger ohne Abschluss	Junge Erwachsene (20-29 Jahre) ohne Berufsausbildung	<i>Bildung + Forschung: Ausgaben (in Prozent des BIP)</i>
Ausgangs-Wert 2008	16 Prozent ¹	43 Prozent ³	40,3 Prozent	8 Prozent	17,2 Prozent	8,6 Prozent
2013 (Start der großen Koalition)	32,3 Prozent	49 Prozent ⁴	53,9 Prozent	5,7 Prozent	13,8 Prozent	9,1 Prozent
2015 (Tatsächlicher Wert)	32,7 Prozent	51 Prozent ⁵	55,7 Prozent	5,9 Prozent	13,8 Prozent	9,1 Prozent⁶
2015 (Zielvorgabe des Bildungsgipfels)	35 Prozent ²	50 Prozent	40 Prozent	4 Prozent	8,5 Prozent	10 Prozent

¹Wert von 2007; ²Der Zielwert sollte schon 2013 erreicht werden; ³Wert für 2006; ⁴Wert für 2012;

⁵Wert für 2014, ⁶Wert für 2015

Klemm 2014, Statistisches Bundesamt 2016a,b,c, 2014, 2009, BMBF 2015 (Vgl.: Literatur Memo 2017)

Bilanz der merkelschen Bildungspolitik

- Erhöhung der Bildungsteilnahme „oben“ (Studium und Weiterbildung) gelungen.
- Ziel der KiTa-Plätze trotz gesetzlicher Vorschrift knapp verfehlt.
- Ziel der Förderung „unten“ gescheitert.
- Ziel der höheren Bildungsausgaben deutlich gescheitert

2.2)

- Analyse der Bilanz
der merkelschen
Bildungspolitik (Memo
2017)

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

47

Warum mehr Weiterbildung? Warum mehr Studierende?

- Wurde dafür etwas getan?
- Das Gegenteil erscheint
als zutreffend!

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

48

Kürzungen im Weiterbildungsbereich

1995	2014
1,2 %	0,6 %

1999	2015
11 Mrd.	6,2 Mrd.

- Bildungsforscher Prof. Klaus Klemm (2014): Arbeitslose, gering Qualifizierte und MigrantInnen werden immer weniger weitergebildet.
- Rückgang der Weiterbildungsausgaben (öffentlich u. privat) in Relation zum BIP.
- Rückgang der Ausgaben der Bundesagentur und des Bundesarbeitsministeriums für Bildungsmaßnahmen.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

49

Kürzungen beim BAföG

- = Bundesausbildungsförderung.
- Alternativer BAföG-Bericht der DGB-Jugend
- Bedarfssätze liegen trotz Erhöhung in 2015 immer noch **6 %** unter dem wahren Bedarf.
- Die Mietkostenpauschale liegt mit 250 € auch in ganz normalen Städten **mindestens 20 Prozent** unter den realen Mietpreisen.
- In Ballungsräumen **bis zu 50 %** zu wenig Miete

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

50

Warum trotzdem mehr Weiterbildende und mehr Studierende?

- Doppelte Abiturjahrgänge gingen an die Uni.
- Aber vor allem:
Junge Menschen glauben massiv daran, dass sie ihre berufliche Situation durch mehr und höhere Bildung verbessern können (**Selbstoptimierung!**)
- Quellen: verschiedene Jugendstudien.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

51

Auf Kosten der Qualität - Ziel bei den KiTa-Plätzen fast erreicht

- Durch die Gesetzesvorschrift (gemacht im Bund), die die Kommunen erfüllen (und bezahlen müssen).
- Darunter leidet die Qualität des Ausbaus. Betreuungsschlüssel in den meisten Ländern schlecht (außer BaWü).
- Dabei gibt BaWü weniger Geld in Relation zum BIP aus als z.B. Sachsen (weil dort weniger Kinder in die Betreuung gegeben werden).
- Kommunen sind an ihren Grenzen!

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

52

Tab. 2: Personalschlüssel in Kindertageseinrichtungen der Gruppen mit Kindern im Alter von 0 bis unter 3 Jahren (ohne Schulkinder) und Ländern am 1. März

Land	2012	2013	2014	2015	2016
Deutschland	4,8	4,6	4,4	4,3	4,3
Baden-Württemberg	3,5	3,3	3,1	3,0	3,0
Bayern	4,0	3,9	3,8	3,8	3,7
Berlin ¹	—	—	5,9	5,8	5,9
Brandenburg	6,6	6,5	6,3	6,3	6,1
Bremen	3,2	3,2	3,4	3,3	3,1
Hamburg	5,7	5,4	5,1	5,1	5,1
Hessen	4,1	4,0	3,8	3,8	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	6,1	6,1	6,0	6,0	6,0
Niedersachsen	4,2	4,2	4,1	4,0	3,9
Nordrhein-Westfalen	3,7	3,6	3,6	3,6	3,8
Rheinland-Pfalz	4,0	3,8	3,5	3,6	3,5
Saarland	3,6	3,7	3,6	3,6	3,8
Sachsen	6,6	6,6	6,5	6,4	6,5
Sachsen-Anhalt	6,9	6,7	6,4	6,3	5,8
Schleswig-Holstein	4,0	3,9	3,7	3,7	3,8
Thüringen	5,3	5,4	5,3	5,3	5,4

1 Teilweise ohne Angaben für Berlin, da dort vor dem Jahr 2014 keine Erhebung zur Gruppenzugehörigkeit der Kinder erfolgte. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertageseinrichtungenPersonalschluesse15225409169004.pdf?__blob=publicationFile

Bundesländer	Betreuungsquoten ¹ der Kinder unter 6 Jahren in Kindertagesbetreuung ² am 1. März
	0 bis 2 Jahren
Baden-Württemberg	27,7
Bayern	27,2
Berlin	45,9
Brandenburg	57,2
Bremen	27,0
Hamburg	42,9
Hessen	29,7
Mecklenburg-Vorpommern	56,0
Niedersachsen	28,4
Nordrhein-Westfalen	25,7
Rheinland-Pfalz	29,9
Saarland	28,6
Sachsen	50,6
Sachsen-Anhalt	57,0
Schleswig-Holstein	30,9
Thüringen	52,2
Deutschland	32,7
Früheres Bundesgebiet	28,1
Neuer Märkte Preuß. Rev. Wirtschaftspolitik	51,8

Ausgaben für KiTaS 2017

IW:

Nach den Wünschen der Eltern fehlen 228.000 Plätze für U3

46 % der Eltern wünschen sich Betreuung. Plätze nur für 35 %. **0,7 % BIP**

Prozentsatz für wieviel der U3-Kinder nach dem Wunsch der Eltern noch Plätze fehlen.

1,2 % BIP

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Bund muss Kita-Lücken schließen (30.12.2016). <https://www.iwd.de/artikel/bund-muss-kita-luecken-schliessen-319262/>.

1,3 % BIP

- Bremen: 14,2% **0,7 % BIP**
- Nordrhein-Westfalen: 13,4%
- Schleswig-Holstein: 12,7%
- Rheinland-Pfalz: 12,5%
- Niedersachsen: 11,2%
- Baden-Württemberg: 11,1%
- Saarland: 10,8%
- Hessen: 10,0%
- Bayern: 9,5%
- Hamburg: 8,9%
- Berlin: 7,6% **1,1 % BIP**
- Mecklenburg-Vorpommern: 6,5%
- Sachsen: 6,1%
- Sachsen-Anhalt: 5,2%
- Thüringen: 4,4%
- Brandenburg: 4,1%

2.3) Das zweite Scheitern neoliberaler Bildungsversprechen seit 2015

- 1.) Bildung garantiert keinen gesellschaftlichen Aufstieg.
- 2.) Bildungsversprechungen im Koalitionsvertrag können nicht eingelöst werden.

2.3.1 Bildung garantiert keinen gesellschaftlichen Aufstieg

- Behauptungen aus dem Wahlprogramm CDU/CSU 2017, S. 11:
Bessere Bildung sorgt für mehr Fachkräfte. Mehr Fachkräfte sorgen für mehr Wachstum. Wachstum und bessere Bildung verhindern Armut und Prekarität.

Analyse der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte

- Massiver Anstieg der Bildungsbeteiligung ...
- In der Weiterbildung.
- An den Universitäten
- In der vorschulischen Bildung (KiTas).
- Zunahme der Schul- und Ausbildungsabschlüsse.

Siehe oben (merkelsche Bildungsrepublik).

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

57

Analyse der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte

- Massiver Anstieg der Bildungsanforderungen der deutschen Wirtschaft (sogenannte „Kompetenzrevolution“, siehe z.B. Kahrs 2016):
- 1991-2013: Rückgang der fachberuflich Ausgebildeten (dual u. betrieblich) unter den Erwerbstätigen von 46% auf 29%.
- Zunahme der halb- und akademischen Berufe von 32% auf 47%.

Analyse der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte

- Zunahme der besser Ausgebildeten müsste nach der neoliberalen Logik zu einem Anstieg der Nettolöhne und Einkommen führen, Armut müsste zurückgehen.!?
- DIW (Grabka/Goebel 2017):
 - 1.) Die Realeinkommen steigen seit 1991 in geringerem Maße als die Wirtschaftskraft.
 - 2.) Die mittleren Einkommen stagnieren seit 1991.
 - 3.) Die unteren 40% der Einkommen verlieren seit 1999.

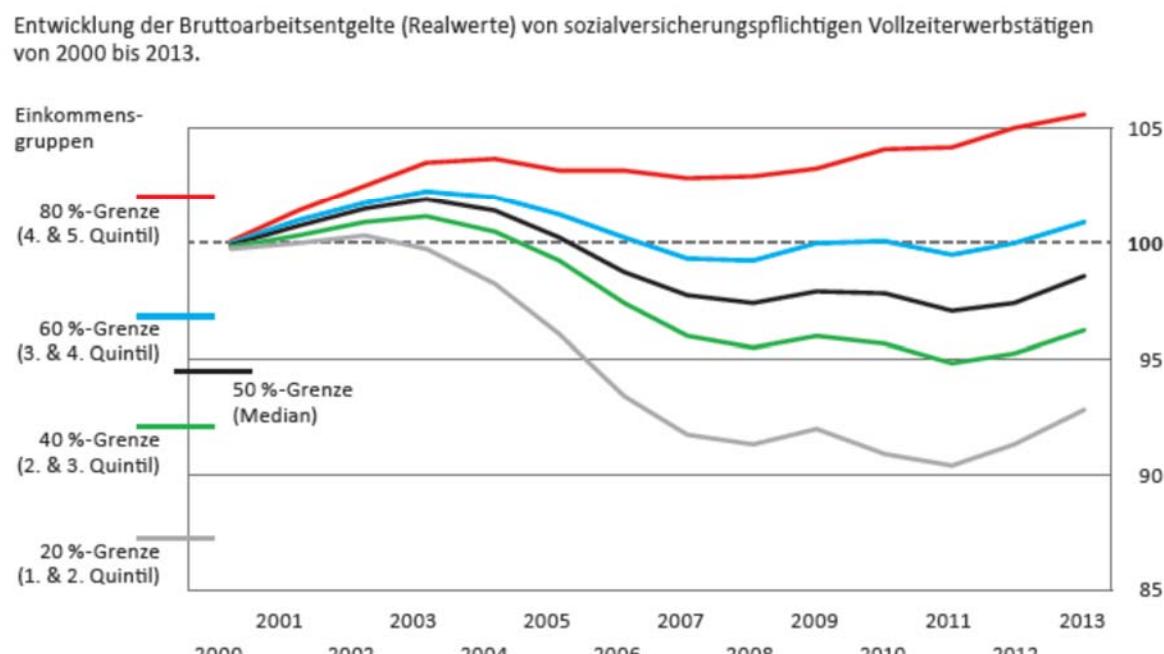
10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

59

Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse

Abb. 4: Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte seit dem Jahr 2000



Bundesagentur für Arbeit und eigene Berechnungen. Datenreihen sind nur bis 2013 verfügbar. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2016
Quelle: Ganze Abbildung entnommen aus Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2016, S. 127

Analyse der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte

- Zunahme der besser Ausgebildeten müsste nach der neoliberalen Logik zu einem Anstieg der Nettolöhne und Einkommen führen, Armut müsste zurückgehen.!?
- 2015: 63% der Beschäftigten im Niedriglohnsektor haben berufliche Ausbildung, 11,2 % einen akademischen Abschluss (Kalina/Weinkopf 2017).
- Kontinuierlicher Anstieg der Einkommensarmut seit 2005 (Paritätischer 2017).

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

61

Analyse der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte

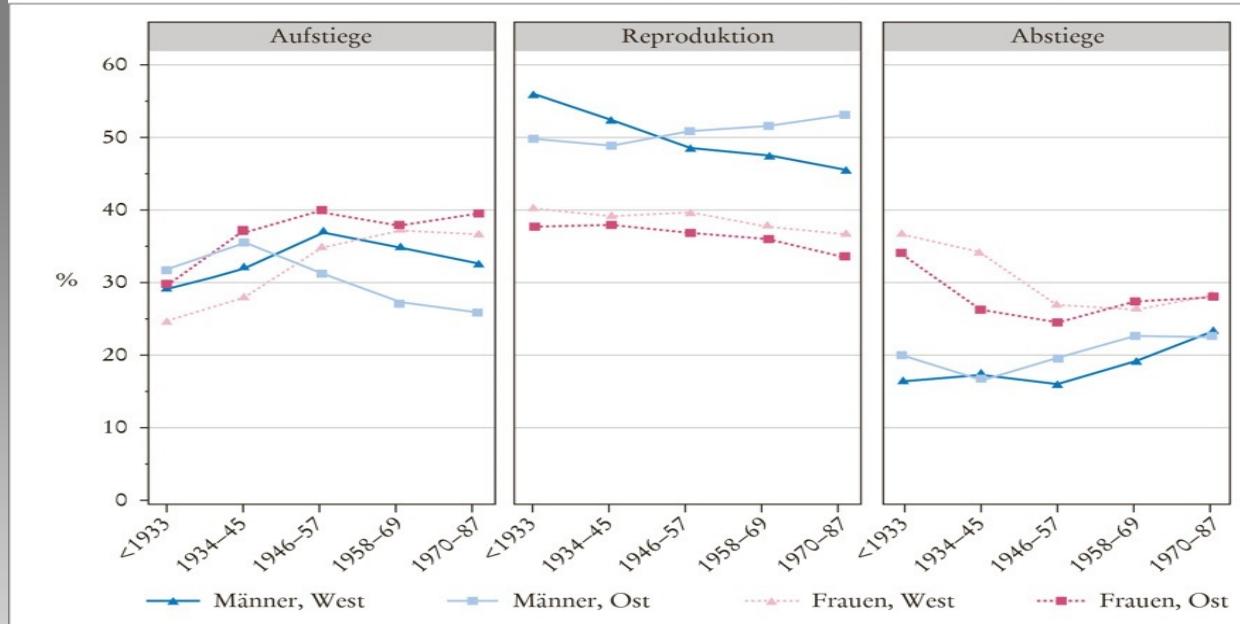
- Zunahme der besser Ausgebildeten müsste nach der neoliberalen Logik zu einem Anstieg der Nettolöhne und Einkommen führen, Armut müsste zurückgehen.!?
- Zum ersten mal in der Geschichte der BRD kann eine Generation in der Mehrheit nicht das Wohlstandsniveau ihrer Eltern reproduzieren (Groh-Samberg/Hertel 2015).
- Das gilt vor allem auch für die fachberufllich ausgebildeten Mittel-, teilweise auch für die akademisch ausgebildeten oberen Einkommensgruppen (IW, Stockhausen 2017)

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

62

Abbildung 1: Entwicklungen beruflicher Auf- und Abstiege (Erwerbstätige, 30–64 Jahre)



Dargestellt sind die Anteile an allen erwerbstätigen Personen im Alter von 30 bis 64 Jahren, die gegenüber ihrem Vater beruflich aufgestiegen sind, abgestiegen sind oder dieselbe oder eine vergleichbare Klassenposition erreichten.

Quelle: Kumulierter Datensatz mit Beobachtungen aus Allbus 1980–2012, SOEP v29 (diverse Samples 1984–2012), Zumabus 1976–1982, Politik in der BRD 1978 und 1980, Wohlfahrtssurvey 1978. Für eine genauere Beschreibung der Datensätze und des zugrunde liegenden Klassenschemas siehe demnächst Florian R. Hertel, Social Mobility in Post-Industrial Societies, Bremen (Dissertation, in Vorbereitung).

Fazit:

- Bildung ist kein Garant für gesellschaftlichen Aufstieg, sondern bei Fehlen ein Garant für Abstieg!!
- Prekarisierung entwertet fachberufliche Ausbildungen massiv. Entwertung geht aber auch in den akademischen Bereich. Z.B. Durch Tarifflucht!

2.3.2 Falsche Versprechungen in Bezug auf die Bildungsausgaben

- Im Koalitionsvertrag werden Bildungsversprechungen mal wieder nicht mit den entsprechenden Ausgaben unterlegt!
- Typisch für Lobbyismus: ca. 2 Mrd Euro vorgesehen für Ganztagesgarantie z.B. Lehrer, jedoch 5 Mrd. Euro für Technik (Digitalisierung).

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

65

Beurteilung wichtiger Vorhaben im Koalitionsvertrag CDU/SPD zur Bildung

Koalitionsvertrag 2018	Probleme
Einnahmengrundlagen der geplanten Mehrausgaben: ca. 30-40 Milliarden in drei Jahren aufgrund konjunkturell bedingter Mehreinnahmen. Ca. 10 Milliarden jährlich	Es sollen nur die konjunkturellen Mehreinnahmen für höhere Ausgaben verwendet werden. Keine Steuererhöhungen. Bildungsausgaben werden aber in guten, wie in schlechten Zeiten fällig.
Schrittweise Abschaffung des Solis: Entlastung von „Durchschnittsverdiennern“ („untere 90 Prozent“ der Solizahler*innen). 3,33 Milliarden Euro jährlich.	Prof. Dr. Sebastian Dullien (Hochschule für Technik und Wissenschaft Berlin): 1.) Solizahler-Familien erst ab 52 000 Jahreseinkommen (zwei Kinder). 2.) Entlastet wird vor allem das reichste Fünftel. 3.) Entlastung der „unteren 90 %“ der Solizahler*innen kostet ca. 10 Milliarden jährlich

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

66

Kosten der wichtigsten bildungspolitischen Maßnahmen einer neuen „GroKo“	
Entwurf Koalitionsvertrag (07.02.2018)	* Eigene Berechnungen nach Jaich (2016)
<u>„KiTa Ausbau“ / „Entlastung von Eltern bei den Gebühren bis hin zur Gebührenfreiheit.“</u>	<u>KiTa Ausbau / Abschaffung der Elterngebühren</u> definiert als Erfüllen von Betreuungsquote 41,5 %, Ganztagsquote 60 %, und Umsetzung der von der EU empfohlenen Betreuungsrelationen und Abschaffung der Elterngebühren:
1,17 Milliarden Euro jährlich	
9,38 Milliarden Euro jährlich (6,23 Milliarden Euro jährlich ohne Wegfall der Elterngebühren)	
Vergleich: Ansatz der „GroKo“ deckt nur 12 % der Kosten*. Ansatz der „GroKo“ deckt nur 19 % der Kosten* ohne jegliche Entlastung bei den Gebühren.	
<u>„Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter“ / „Rechtsanspruch“</u>	<u>Ausbau Ganztageesschule</u> Auf 100 % aller Grundschüler*innen:
0,67 Milliarden Euro jährlich	3,29 Milliarden Euro jährlich
Vergleich: Ansatz der „Groko“ deckt nur 20 % der Kosten*	
Verbesserung der Aufstiegs-fortbildungsförderung (AFBG) und weitere Verbesserungen in der beruflichen Bildung (Ausbau berufliche Schulen): 0,12 Milliarden Euro jährlich	Alleine der Wegfall des Darlehensanteils in der Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem AFBG (geschätzt auf ein Drittel des Gesamtaufwands): 0,17 Milliarden jährlich

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

67

Teil 3

■ Ursachen der mehrfach gebrochenen Bildungsversprechen

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

68

3.) Ursachen

- 3.1) Der konservative Bildungsstaat.
- 3.2) Der neoliberalen Angriff auf den konservativen Bildungsstaat!

3.1) Warum ist die Förderung „unten“ stecken geblieben?

- Zur Erinnerung: Scheitern der merkelschen Bildungsrepublik
- 1.) Die Anzahl der Schulabgänger_innen ohne Abschluss konnte nur von 7,5 auf 5,9 % gesenkt werden. Nicht auf 4 %.
- 2.) Die Anzahl der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung konnte von 17,2 % nur auf 13,8 % reduziert werden. Nicht auf 8,5 %.

Die sozial selektiven Bildungsstrukturen sind schuld (z.B. Mehrgliedrigkeit!)

- Beispiel: 50 % der Schüler_innen ohne Abschluss sind an der Förderschule.
- Wiederrum fast 50 % dieser Schüler_innen an Förderschulen weist keine Behinderungen auf.
- Sie gelten als „lernbehindert“ und kommen vor allem aus armen Familienverhältnissen.
- Es fehlt hier an Inklusion, wie in anderen Ländern!

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

71

Beispiel: Schüler_innen ohne Berufsabschluss

- Ausbildungsbetriebe nehmen kaum mehr Jugendliche mit Hauptschulabschluss (nur noch ca. 25 %).
- Über 40 % der Hauptschüler_innen landen im sogenannten „Übergangssystem“.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

72

Demokratisierung = Kampf um Dienstleistungen der Daseinsvorsorge!

- Die Einführung sozialer Grundrechte variiert international nach dem Ausgang der gesellschaftlichen Kämpfe um die Erbringung von sozialen Dienstleistungen.
- Wer zahlt? Wer organisiert? Wer sind die Träger? Wer kommt in ihren Genuß?

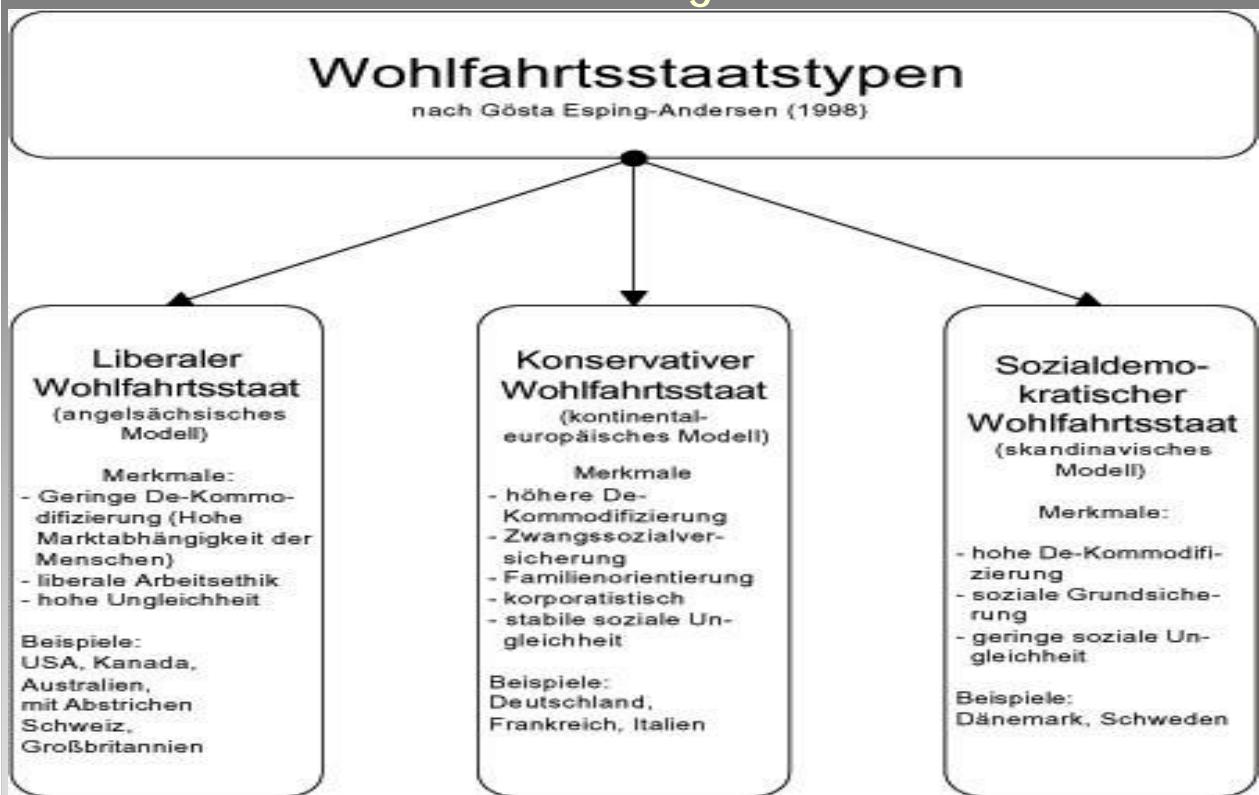
15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

73

Demokratisierungskämpfe mit unterschiedlichen Ergebnissen.

Wohlfahrtsstaatstypen nach Gösta Esping-Andersen (1998)



15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

74

Entscheidende Fragen für den Wohlfahrtsstaatstypus

- Wer bezahlt die Produktion von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge?
- Wer (Akteur) produziert die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge?
- Was sind die gesellschaftlichen Sphären/Bereiche der Produktion v. Dienstleistungen?

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

75

Ausprägungen der Wohlfahrtsstaaten nach Sphären der Produktion und Bezahlung der sozialen Dienstleistungen !

- Vereinfacht ausgedrückt:
- Markt und BürgerInnen (liberaler Typ)
- Staat und progressive Steuern (sozialdemokratischer Typ) .
- Familie/Staat und progressive Steuern/Familie (konservativer Typ).

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

76

Anteil öffentlicher Dienst an den Beschäftigten im europäischen Vergleich (Heintze 2017)

Tabelle 1: Bedeutung des Staates als Arbeitgeber im internationalen Vergleich: 2014/15 oder letztverfügbares Jahr

	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
Kriterium 1: Anteil (%) an den Erwerbspersonen (Staatssektor insgesamt)	10 < 15	15 - < 20	20 - < 25	> 25
Skandinavische Länder				DK, NO, FI, SE
Angelsächsische Länder	AU	CA, IE, US, NZ	UK	
Kontinentaleuropa	AT, DE, NL	BE, CH, FR	LU	
Südeuropäische Länder	ES	IT, GR, PT		
Osteuropäische Länder		CZ	EE, PL, HU, SK, SL	

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

77

Warum haben die Demokratisierungskämpfe unterschiedliche Ergebnisse?

- Verschiedene Theorieangebote zur Beantwortung dieser Frage:
- Relativ breiter Konsens in der Politikwissenschaft:
Gesellschaftliche Machtressourcen waren/sind entscheidend!

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

78

Kennzeichen idealtypischer Bildungsstaatlichkeiten		
Liberaler Bildungsstaat	Konservativer Bildungsstaat (an Deutschland ausgerichtete Variante)	Sozialdemokratischer Bildungsstaat
1. Starke Abhängigkeit vom Einkommen beim Bildungszugang 2. (Quasi-)Märkte als Steuerungsmechanismus und verbetriebliche Bildungseinrichtungen 3. Starke Beteiligung der Kapitalsseite an der Bildungssteuerung 4. Starke Abhängigkeit zwischen Bildungsergebnis und sozio-ökonomischer Herkunft 5. Sehr hohe private Bildungsausgaben	1. Sehr starke Abhängigkeit von der familiären Herkunft (sozio-ökonomischer Status) beim Bildungszugang und im Ergebnis 2. Inputsteuerung des Bildungssystems durch den Staat 3. Frühe staatliche Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schultypen 4. Korporatistische Organisation der beruflichen Ausbildung (duales System) und der Weiterbildung 5. Trennung von Erziehung (familiärer und betrieblicher Bereich) und Bildung in Bildungseinrichtungen 6. Hauptsächlich staatliche Bildungseinrichtungen 7. Einrichtungen mit Erziehungsfunktion werden oft an nichtstaatliche Akteure delegiert 8. Geringe staatliche und mittlere private Bildungsausgaben	1. Geringe Abhängigkeit von der familiären Herkunft beim Bildungszugang und bei den Ergebnissen 2. Staatliche Steuerung des Bildungssystems (oftmals In- und Outputorientierung nebeneinander) 3. Hauptsächlich staatliche Bildungseinrichtungen 4. Auch berufliche Ausbildung hauptsächlich in staatlichen Einrichtungen 5. Vorschulische Bildung gehört zum Bildungssystem 6. Hohe staatliche und geringe private Bildungsausgaben
<i>Beispiele</i>		
USA, Vereinigtes Königreich, Australien	Deutschland, Österreich	Schweden, Finnland, Norwegen

15.09.2016

79

Strukturmerkmale des typisch deutschen „ständischen“ Bildungssystems

- Trennung von Bildung und Erziehung
- Dreigliedrigkeit des deutschen Schulwesens in Sekundarstufe I
- Die Organisation von Schule als Halbtagschule
- Das duale System
- Finanzverteilung konzentriert sich auf Ausbildung mittlerer und höherer Positionen der Industriegesellschaft

Grundlegende These:

- Im „Fordismus“ stabilisiert sich in der BRD analog zum konservativen Wohlfahrtsstaat (Esping-Andersen, 1998) eine „konservative Bildungsstaatlichkeit“ mit extremen Schwächen (z.B. soziale Selektivität).
- Sehr stabil in der Grundstruktur (siehe z.B. Referendum Hamburg). Erste Veränderungen seit ca. 1975.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

81

Konservative Bildungsstaatlichkeit in Deutschland

- Deutsche Bildungsstaatlichkeit fest verwurzelt im deutschen konservativen Wohlfahrtsstaatsmodell (nach Esping-Andersen) / „erwerbsorientiert standardisiert und stratifiziert“ (Gottschall)
- Zuordnung von „Lebenschancen“ über Staat(-liches Bildungssystem) sehr stark
- Grundsätzliche Probleme dieses Systems: Hohe soziale Selektivität (bekannt seit den 60 er Jahren). Statuserhaltend.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

82

Was sind typische Kennzeichen des deutschen konservativen Bildungsstaats im internationalen Vergleich?

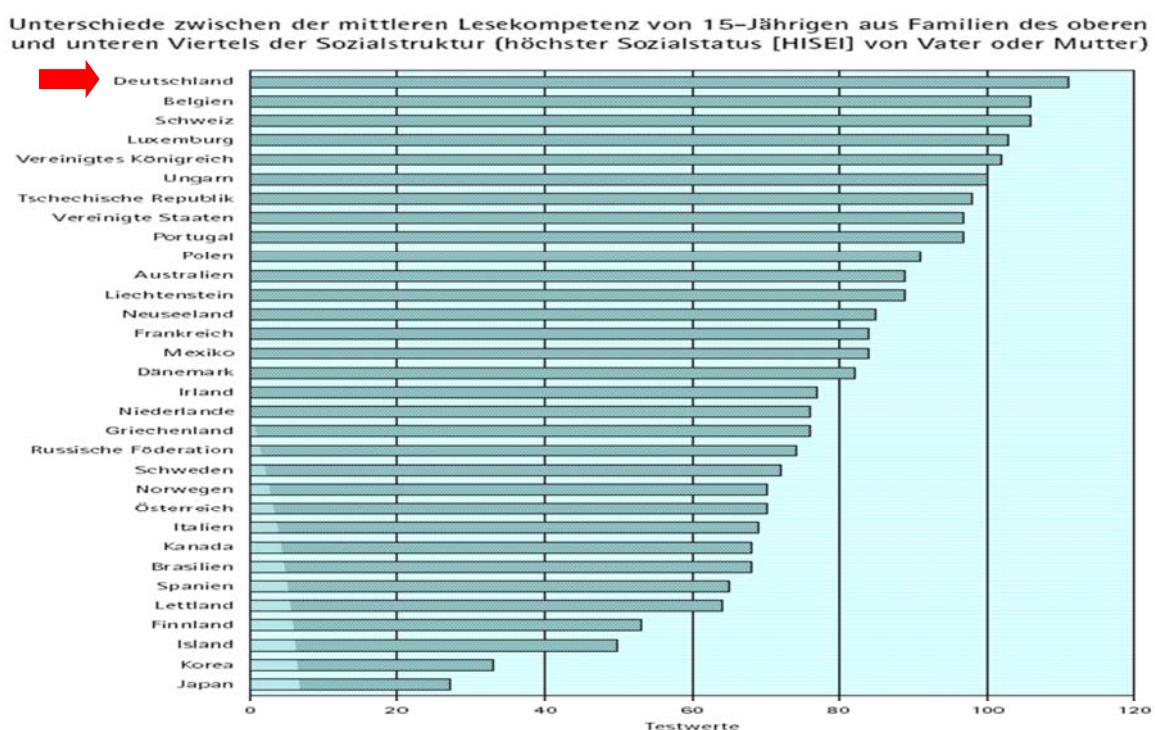
- A) Hohe soziale Selektivität.
- B) Schlechte öffentliche Bildungsfinanzierung, mittelhohe private Bildungsfinanzierung.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

83

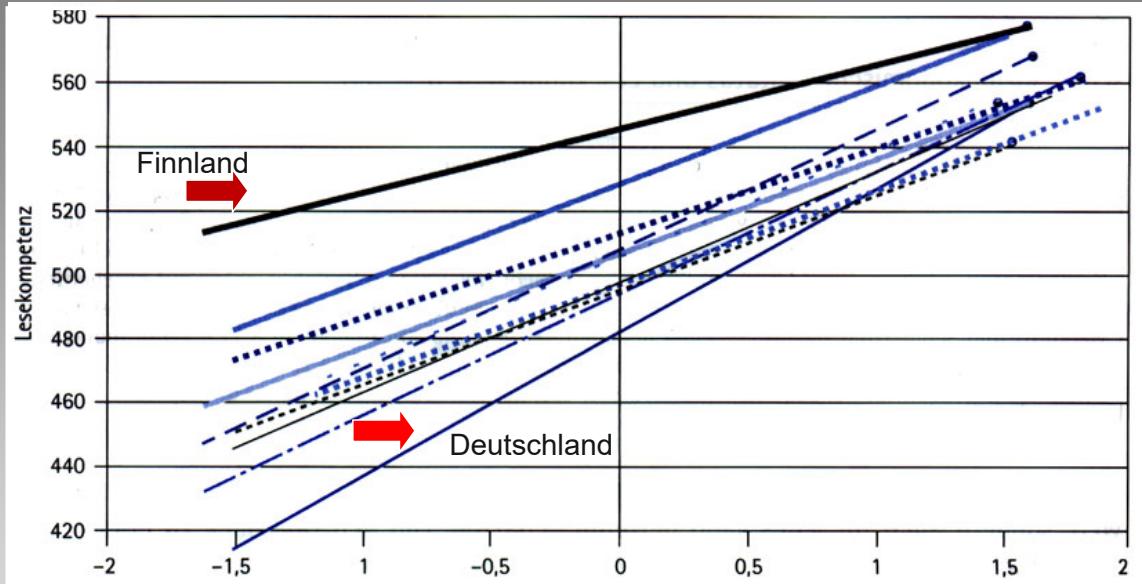
Lesekompetenz und sozioökonomischer Status (Quelle: PISA 2000)



15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Lesekompetenz und sozioökonomischer Status: Soziale Gradienten der Lesekompetenz ausgewählter Länder (Quelle: PISA 2000)



85.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Soziale Gradienten der Lesekompetenz im internationalen Vergleich 2009 (Quelle: Artelt u.a. 2009)

OECD-Staaten	Lesekompetenz		Steigung des sozialen Gradienten		Stärke des Zusammenhangs	
	Achsenabschnitt	(SE)	Steigung	(SE)	R ²	(SE)
Finnland	532	(2.1)	20	(1.4)	5.2	(0.7)
Island	495	(1.6)	21	(1.6)	5.2	(0.8)
Japan	524	(2.9)	21	(1.9)	4.0	(0.6)
Kanada	523	(1.3)	23	(1.1)	6.5	(0.6)
Korea	539	(3.1)	24	(2.3)	6.0	(1.1)
Estland	502	(2.4)	26	(1.8)	9.8	(1.2)
Mexiko	440	(1.6)	26	(1.0)	11.5	(0.8)
Dänemark	495	(1.8)	27	(1.3)	10.6	(1.0)
Spanien	489	(1.8)	28	(1.6)	11.5	(1.3)
Türkei	481	(3.4)	28	(2.3)	10.0	(1.5)
Norwegen	495	(2.4)	29	(1.7)	8.7	(1.0)
Australien	513	(2.0)	29	(1.1)	9.2	(0.6)
Irland	498	(2.5)	30	(1.8)	10.0	(1.1)
Schweden	497	(2.4)	30	(1.8)	9.9	(1.1)
Polen	512	(2.2)	31	(1.8)	10.8	(1.1)
Italien	492	(1.4)	31	(1.0)	10.7	(0.6)
Niederlande	507	(4.7)	31	(2.0)	11.1	(1.3)
Chile	464	(2.6)	31	(1.6)	14.2	(1.2)
Griechenland	485	(3.6)	31	(2.2)	11.8	(1.3)
Slowenien	485	(1.1)	32	(1.4)	13.2	(1.1)
Vereinigtes Königreich	499	(1.9)	33	(1.4)	11.5	(0.9)
Schweiz	499	(2.1)	33	(1.7)	12.0	(1.2)
Vereinigte Staaten	498	(2.7)	33	(2.4)	11.6	(1.5)
Portugal	502	(2.4)	34	(1.9)	15.1	(1.5)
Frankreich	508	(3.0)	34	(2.5)	12.2	(1.7)
Deutschland	504	(2.3)	35	(2.0)	12.5	(1.2)
Slowakische Republik	489	(2.1)	36	(2.2)	12.0	(1.3)
Israel	478	(2.9)	36	(2.2)	12.3	(1.3)
Österreich	475	(2.6)	37	(2.0)	14.2	(1.4)
Neuseeland	519	(2.1)	40	(1.8)	14.5	(1.2)
Belgien	509	(1.7)	41	(1.4)	18.9	(1.0)
Luxemburg	479	(1.3)	41	(1.4)	17.4	(1.1)
Ungarn	502	(2.5)	41	(2.1)	19.2	(1.7)
Tschechische Republik	483	(2.6)	42	(2.1)	14.0	(1.2)
OECD-Durchschnitt	497	(1.0)	31	(0.7)	11.4	(0.5)

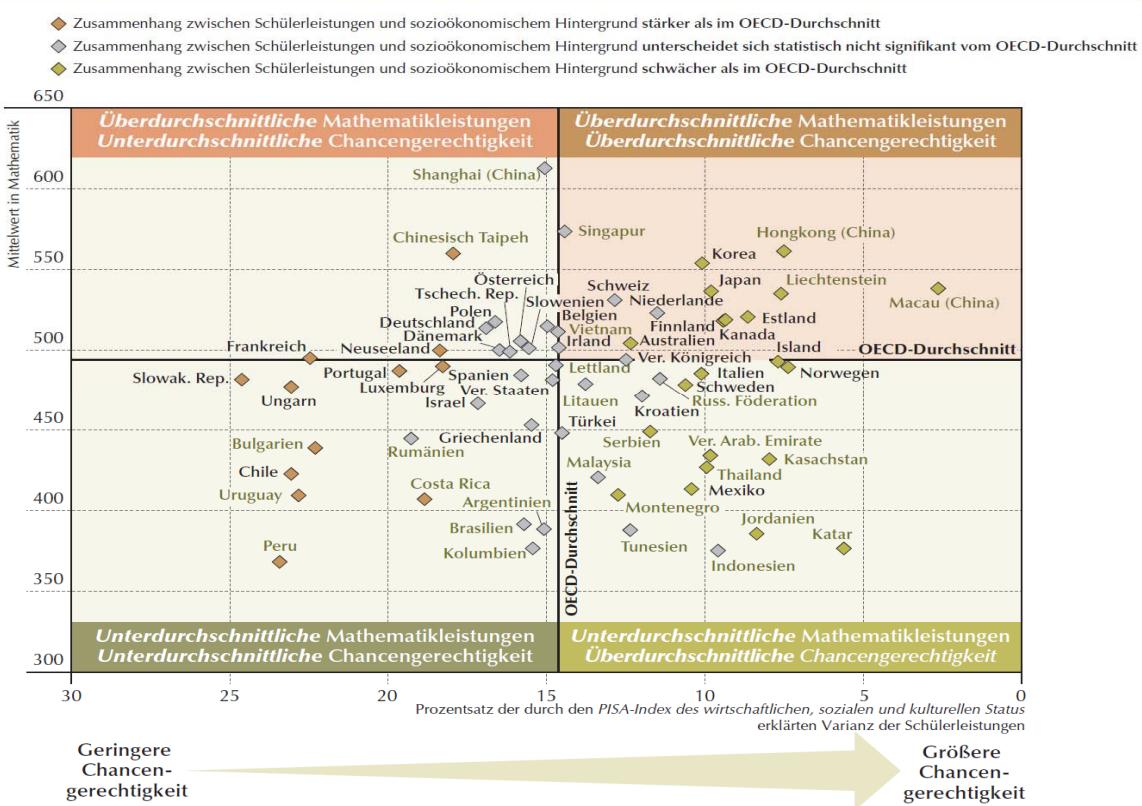
Anmerkung: Prädiktorvariable ist der höchste sozioökonomische Status (Highest ISEI), z-standardisiert am OECD-Durchschnitt. Der farblich gekennzeichnete Unterschied zum OECD-Durchschnitt bezieht sich auf die Steigung des sozialen Gradienten.

■ signifikant unter dem OECD-Durchschnitt

■ nicht signifikant verschieden vom OECD-Durchschnitt

■ signifikant über dem OECD-Durchschnitt

Schülerleistungen und Chancengerechtigkeit



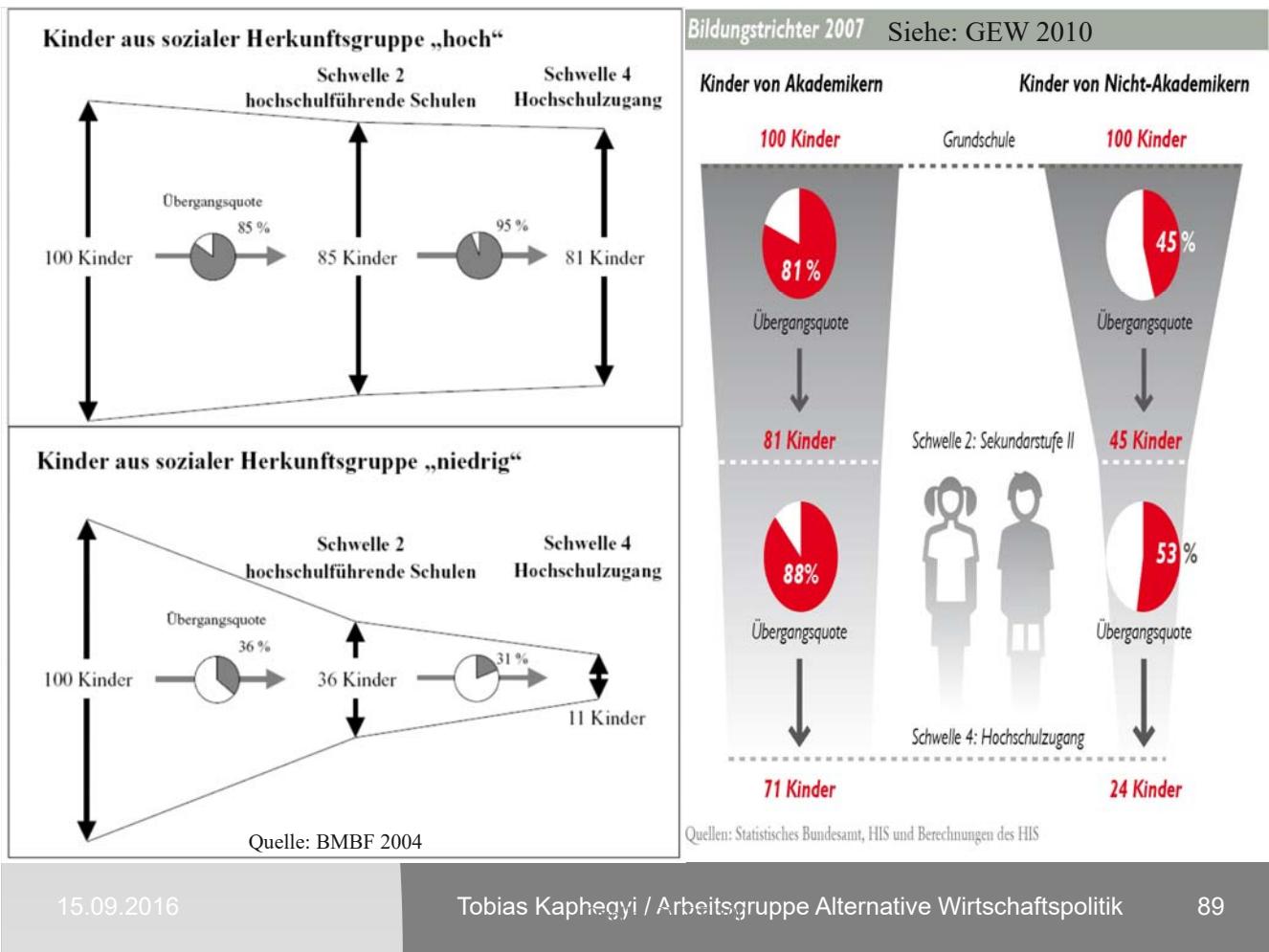
Quelle: OECD, PISA-2012-Datenbank; Abbildung II.1.2.

Der Leistungsvorsprung von Kindern aus der oberen Sozialschicht hat sich – verglichen mit 2000 – mit Ausnahme der Lesekompetenz vergrößert

Kompetenzmittelwerte und sozioökonomischer Status der Familie – Vergleich zwischen 2000 und 2003						
	2000	Untere Sozial schicht	Differenz	2003	Untere Sozial schicht	Differenz
	Obere Sozial schicht			Obere Sozial schicht		
Mathematische Kompetenz: Raum und Form	521	444	77	552	450	102
Mathematische Kompetenz: Veränderung und Beziehungen	524	441	83	563	450	113
Lesen	538	421	117	539	434	105
Naturwissenschaften	535	431	104	561	441	120

Quelle: PISA-Konsortium, PISA 2003 - Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland - Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. 2004, S. 364

Abb. aus Loewe 2005: S. 8



15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

89

4.) Warum wurde das Ziel bei der Bildungsfinanzierung nicht erreicht?

- 1.) Konservativer Bildungsstaat!
- 2.) Neoliberaler Angriff auf den konservativen Bildungsstaat.

Zustand der Bildungsfinanzierung (im internationalen Vergleich)

- Im Folgenden: Betrachtung der Bildungsfinanzstatistik hauptsächlich in „internationaler Abgrenzung“
- OECD-Daten: „Bildung auf einen Blick“.
- Bildungsfinanzbericht / Statistisches Bundesamt.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

91

Datendiskussion in D

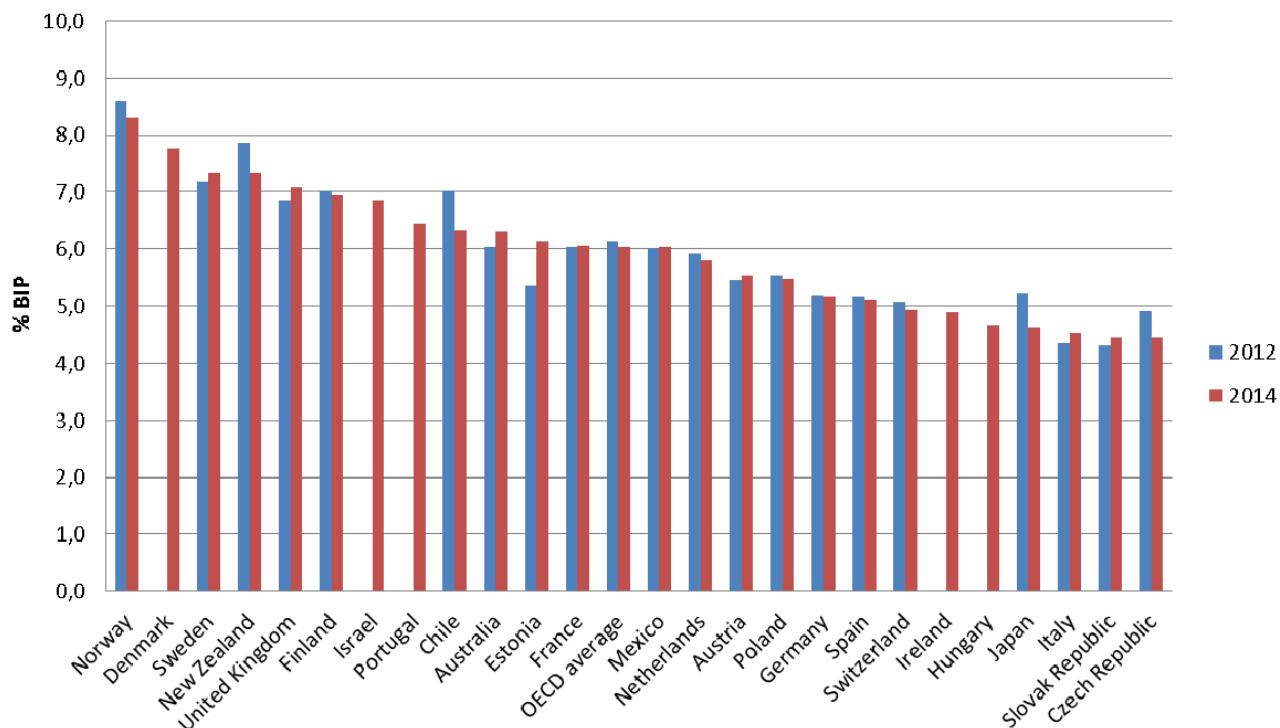
- Politische Wirkung v „Bildung auf einen Blick“.
- Deutsche Kritik an OECD: Deutsche Ausgaben werden unterschätzt = Entlastungsangriff.
- Deutsche Kritik ist nicht sinnvoll. Z.B. Steuerspezifika, kalkulatorische Mieten etc.
- Siehe Arbeiten von Cornelia Heintze

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

92

Bildungsausgaben (Institutionen) vorschulisch bis tertiär (öffentlich u. privat) in % BIP (Quelle: OECD 2017, 2015)



10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

93

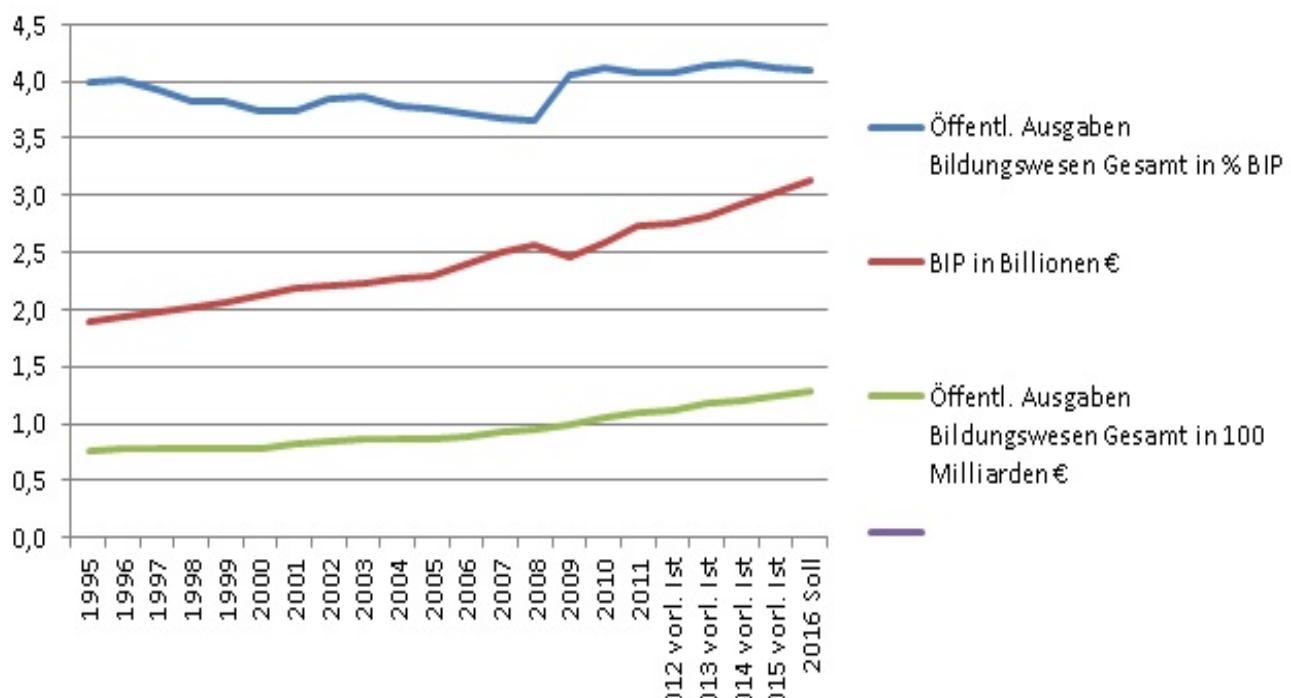
Weitere Daten zur Bildungsfinanzierung (Quelle Bildungsfinanzbericht 2016)

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Wissenschaftliches Arbeiten

94

Entwicklung des BIP und der öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel)

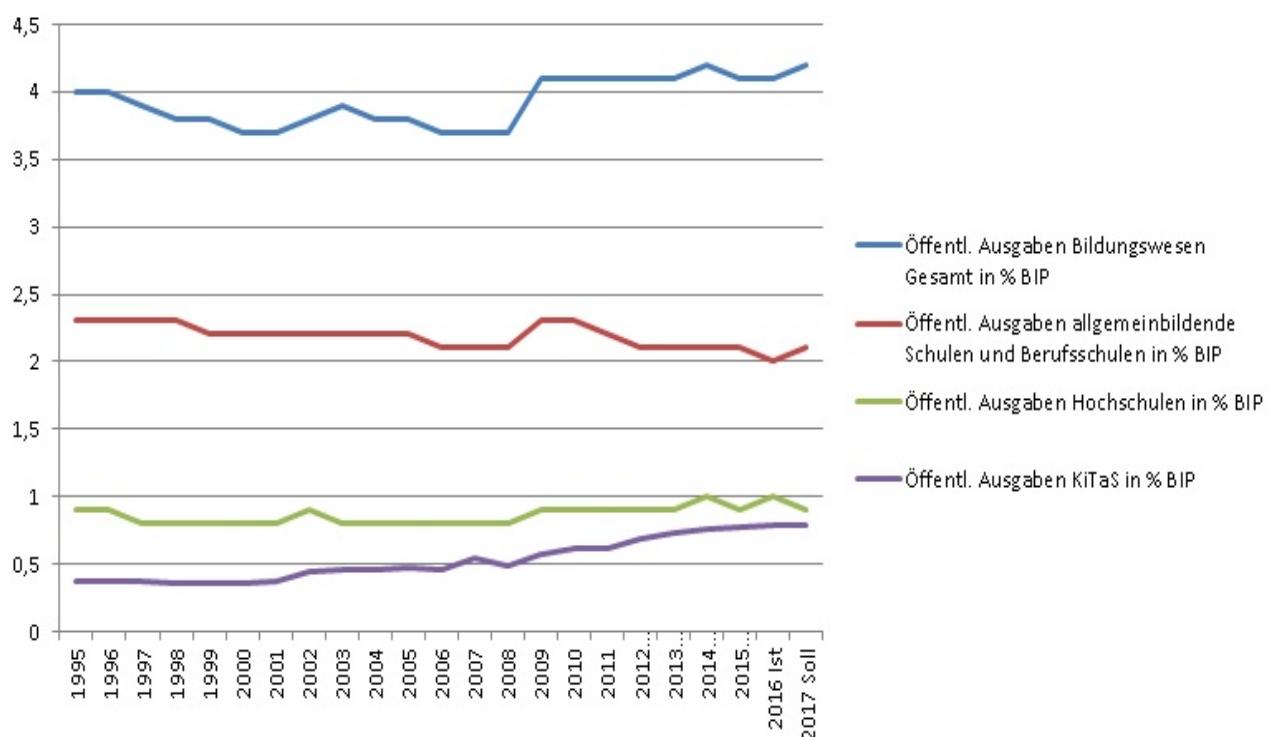


10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Wissenschaftliches Arbeiten

95

Öffentliche Bildungsausgaben BRD (Grundmittel o. Versorgungsausgaben) in % BIP (Quelle: Bundesfinanzbericht)



10.09.2018

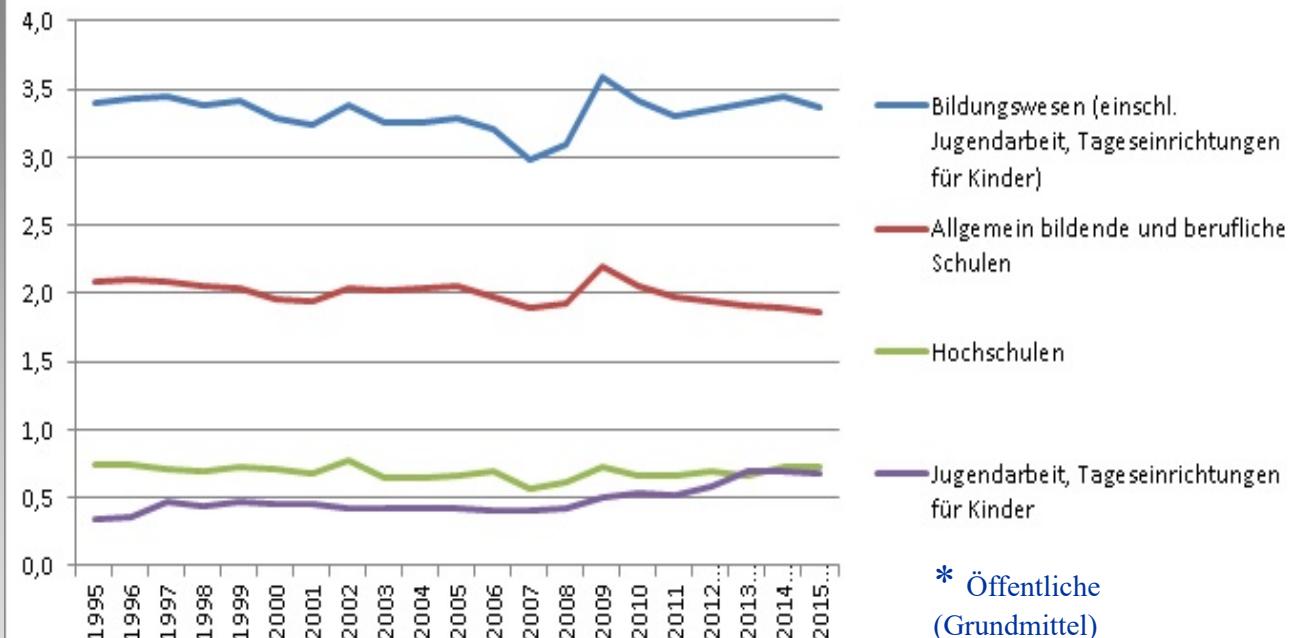
Tobias Kaphegyi / Wissenschaftliches Arbeiten

96

Und Baden-Württemberg?

* Bildungsausgaben in % BIP für Baden-Württemberg

Quelle: Bildungsfinanzbericht 2016



10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

97

Kennzeichen der deutschen Bildungsfinanzierung im intern. Vgl.

- Viel zu gering. Vor allem öffentliche Bildungsfinanzierung weit unterdurchschnittlich.
- Mittlere private Bildungsausgaben. Tendenz steigend (wie überall).
- Mangel im Bildungssystem ungleich verteilt. Viel zu wenig in den unteren Bereichen, weniger wenig an den Universitäten.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

98

Leichte Steigerungen im Hochschul- und Kitabereich – warum?

- 1.) Ausbau des Kitabereichs: Kommunen sind in der Pflicht wegen Gesetz.
- 2.) Länder haben deutlich gemacht, dass sie alleine keine Mehrausgaben tätigen können.
- 3.) Stärkere Unterstützung durch den Bund (sogenanntes 6 Milliarden Paket vom Mai 2014).
- = Übernahme Bafög, Erhöhung beim Sondervermögen Kitausbau, und Hochschulpakt III.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

99

Politökonomische Ursachen der Grundstruktur der deutschen Bildungsfinanzierung (Memo 2012)

- Basierend auf Ergebnissen eines DFG-Forschungsprojekts in den Politikwissenschaften zu „Bestimmungsfaktoren“ der öffentlichen Bildungsfinanzierung (Manfred G. Schmidt u.a.) im internationalen Vergleich.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

100

„Bestimmungsfaktoren“ hoher öffentlicher Bildungsfinanzierung

(vgl. Schmidt (2008) u.a.)

- Demografischer Nachfragedruck, junge Leute.
- Frauenfreundlicher Wohlfahrtsstaat, Hohe Frauenerwerbsquote.
- Großer Steuerstaat, staatszentrierte Lösungen.
- Linksgeneigte Machtressourcenverteilung im Zentralstaat.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

101

„Bestimmungsfaktoren“ hoher öffentlicher Bildungsfinanzierung

(vgl. Schmidt (2008) u.a.)

- Geringe Vetospielerdichte.
- Geringe Finanzierungskonkurrenz zu anderen Staatsaufgaben.
- Nivellierende Finanzausgleichssysteme zwischen Teilstaaten sind vorhanden.
- Niedere private Bildungsausgaben.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

102

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen für Deutschland (Memo 2012)

- 1.) Institutionengeflecht in der Bildungspolitik.
- 2.) Machtressourcenverteilung und konservativer Bildungsstaat.
- 3.) Steuerstaatliche und Haushaltspolitische Entwicklung (neoliberale Transformation).

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

103

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen

- 1.) Institutionengeflecht in der Bildungspolitik:
- Föderalismus (Kooperationsverbot?), Vetospielerdichte und Politikverflechtungsfalle (=Länder haben Bildungshoheit aber kaum Möglichkeit mehr Steuern zur besseren Finanzierung zu erheben) wirken sich negativ aus.
- Länderfinanzausgleich zum Glück noch vorhanden.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

104

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen

- 2.) Machtressourcenverteilung in D und konservativer wohlfahrts- und bildungsstaatlicher Entwicklungspfad
- Deshalb demografische Entwicklung schlecht / „Frauenerwerbsfreundlichkeit“ nicht gegeben.
- Bildungskorporatismus statt staatszentriert, deshalb auch höhere private Bildungsausgaben.

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

105

Untersuchung der „Bestimmungsfaktoren“ nach drei politökonomischen Hauptbereichen

- 3.) Steuerstaatliche und haushaltspolitische Entwicklung
- Traditionell nur mittelgroßer Steuerstaat, neoliberale Transformation (Entstaatlichung, Privatisierung) und Ausgabenkonkurrenz durch Schuldenabbau (Schuldenbremsen)

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

106

Bildungsstaatstypen in der Praxis

- Im Moment entsteht in vielen Ländern ein neues Element des Bildungsstaates: Die 24-Stunden-KiTa.
- Veranschaulichung der Unterschiede nach Bildungsstaatstypen anhand von Kurzbeiträgen aus Politikmagazinen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen:
- Deutschland:
<https://www.youtube.com/watch?v=CM94Ds8ZmKk>
- Finnland:
<https://www.youtube.com/watch?v=Oo2yS86u1KI>
- USA:
https://www.youtube.com/watch?v=L_ZsKpxw1ck

15.09.2016

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

107

3.2) Der dreifache, neoliberal Angriff auf den Wohlfahrtsstaat

- Was macht neoliberale Politik mit dem Wohlfahrtsstaat?

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Wissenschaftliches Arbeiten

108

Ab 1970er Jahre: Beginn der neoliberalen Ära

- Ende der wirtschaftspolitischen Dominanz des Keynesianismus wegen der Krisen.
- „Wende“: Beginn der Hegemonie des Neoliberalismus (Reagan, Thatcher, Kohl).
- Spätestens seit den 1990er Jahren hegemonial.

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

109

Was macht neoliberale Politik? Zerstörung des handlungsfähigen Wohlfahrtsstaates

- 1.) „Starving the Beast“ (Stockman) / „Diktat der leeren Kassen“ (Herbert Giersch 1991)
- = Zurückfahren der Finanzierungsanteile des Kapitals am Wohlfahrtsstaat.
- 2.) Profiträchtige, entstaatlichte Bereiche / Dienstleistungen privatisieren.
PPP
- 3.) Wohlfahrtsstaatliche Arbeitsmarktregulierung zerstören = Prekarisierung der Lohnarbeit

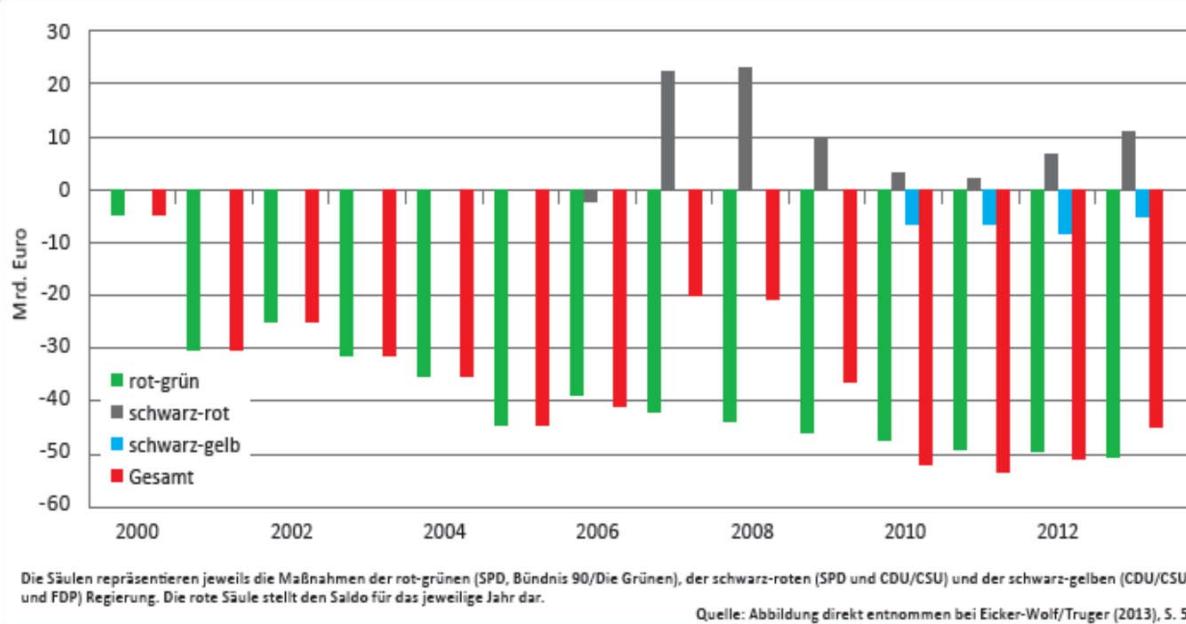
10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

110

Diktat der leeren Kassen herstellen

Abb. 2: Steuerreformbedingte Ausfälle durch die Steuergesetzänderungen seit 1998 für die Gebietskörperschaften insgesamt (Bund, Länder, Kommunen) zwischen 2000 und 2013



10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

111

Diktat der leeren Kassen herstellen

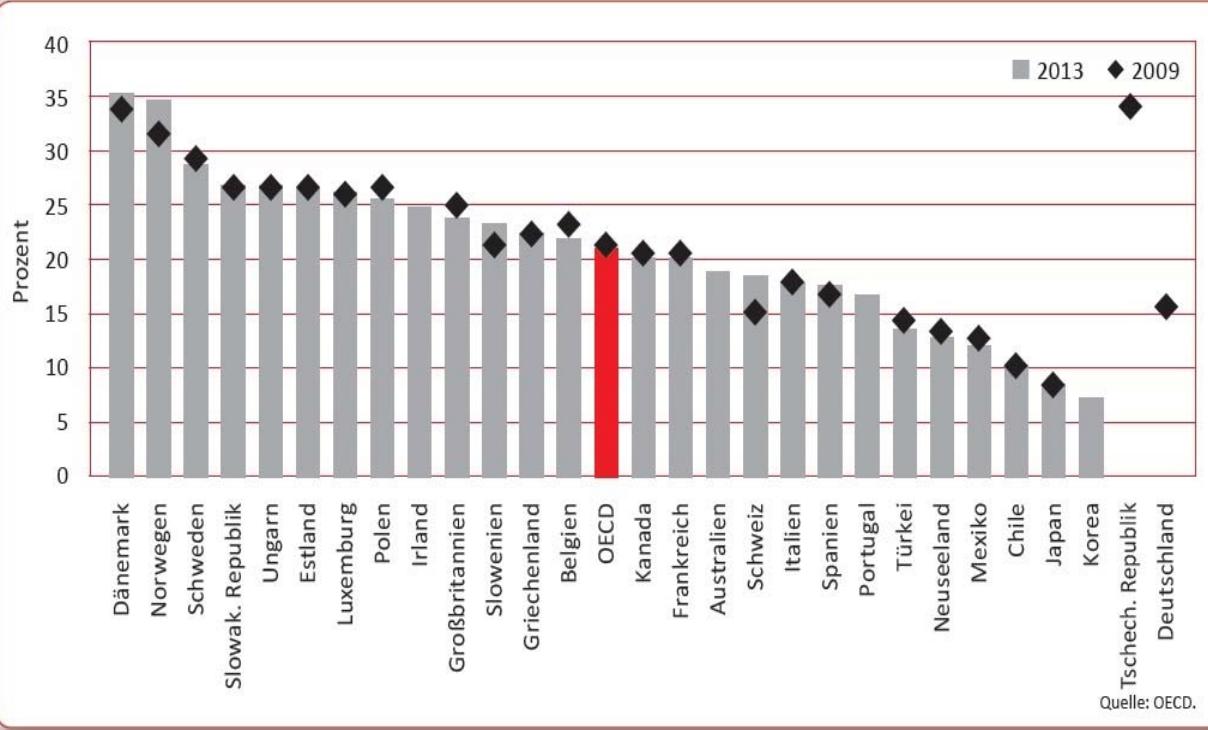
- Weitere Steuersenkungen (unter Schäuble):
 - Ausgleich kalte Progression (- 1,5 Mrd.).
 - Internationale Finanztransaktionssteuer scheitern lassen (bis zu 45 Mrd.).
 - Mangelhafte Reform der Erbschaftssteuer.
 - Drohende Abschaffung des Soli (15 Mrd weniger an die Länder).

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

112

Öffentliche Beschäftigung im internationalen Vergleich



10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

113

Privatisierung und PPP

- Wenig direkte Privatisierung – lohnt nicht so im Bildungsbereich (nur Weiterbildung: Absenkung staatl. Gelder 11 Mrd. € (1999) auf 6,2 Mrd. € (2015). Zunahme prekäre Arbeitsverh.: 2014 rund 24,4 Honorarkräfte (2003: 18,3))
- Aber: „quasi-markt-Steuerung“, z.B. Exzellenzinitiative = Absenkung der Hochschulausgaben in der breiten Masse – künstliche Privilegierung.
- Vor allem PPP im Schulbaubereich ein großes Geschäft!

10.09.2018

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

114

Privatisierung und PPP

10.09.2018

- PPP bisher durch Rechnungshöfe nachgewiesenes Minusgeschäft bei gleichzeitiger Abschaffung demokratischer Mitbestimmungsrechte.
- Trotzdem großes Geschäft vor allem in den 2000er Jahren :
Angaben der Bundesregierung auf Kleine Anfrage (freiwillige Angaben der Akteure):
 - Seit 2002: 46 PPPs im Bereich Bildung (37%)
 - Boom: Seit 2007: Alleine 26 PPPs, 50 PPPs befinden sich 2007 „in Vorbereitung und Ausschreibung“.
 - Von den 26 PPPs allein 19 im Bereich Schule
 - Projektvolumen ist nur von 15 PPPs bekannt: Summiert sich zwischen 07 und 09 auf ca. 740 Mio €

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

115

Privatisierung und PPP

10.09.2018

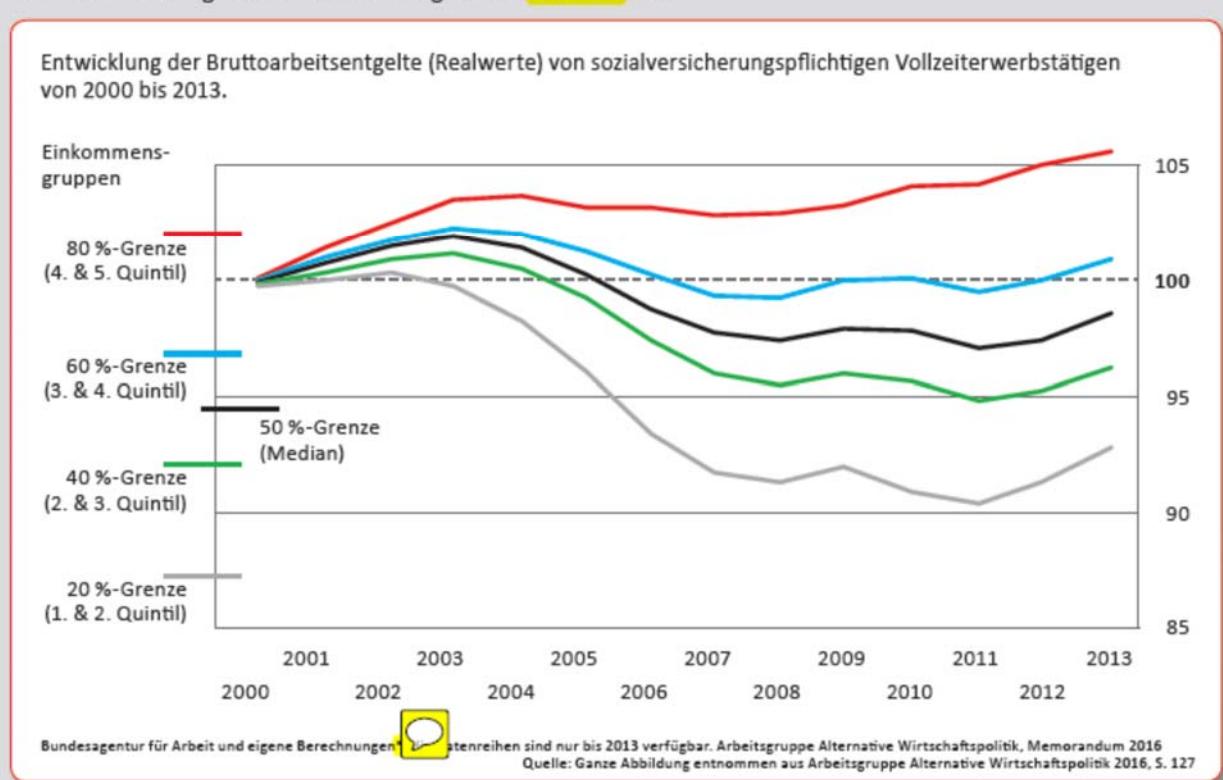
- Drohende neue Welle PPP wg. Staatlicher Investitionsschwäche:
- Siehe Junckerplan!
- Fratzscherkommission:
 - „Einige Mitglieder betonen, dass der erhebliche Rückstau bei Investitionen in die Erhaltung und den Ausbau öffentlicher Infrastruktur deutlich zeige, dass der Staat alleine dieser Herausforderung nicht gerecht werden könne [...]. Ziel der Politik müsse es sein, die in Deutschland überwiegend emotional geführte Debatte zu ÖPP zu versachlichen und deutlich mehr Infrastrukturprojekte ÖPP-fähig auszuschreiben“
 - (Expertenkommission 2015, S. 3).

Tobias Kaphegyi / Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

116

Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse

Abb. 4: Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte seit dem Jahr 2000



Ausblick:

- Nur über eine andere Steuerpolitik kann der Bildungsstaat ausgebaut werden.
- Oder über die Wiedereinführung der goldenen Finanzierungsregel (Verschuldung für Investitionen)

Abb. 8: Zusammenfassung zusätzlicher Finanzierungsbedarf durch die Länder und Kommunen

	Kindertagesstätten	Allgemeinbildende Schulen *	Berufliche Bildung	Hochschule	Weiterbildung	Summe
Baden-Württemberg	1.540.155.831	2.746.137.167	982.231.414	843.573.050	161.846.750	6.273.944.212
Bayern	1.936.414.140	2.942.971.366	627.409.727	512.780.254	179.405.471	6.198.980.958
Berlin	431.782.461	489.667.445	154.509.476	192.291.688	47.907.392	1.316.158.462
Brandenburg	386.677.025	285.268.765	49.092.841	137.836.310	20.570.506	879.445.447
Bremen	97.010.186	127.265.617	38.039.811	127.731.688	5.185.232	395.232.534
Hamburg	209.193.493	264.679.492	90.829.000	143.372.665	25.461.645	733.536.295
Hessen	859.328.627	1.104.426.452	284.157.607	641.664.808	96.026.154	2.985.603.648
Mecklenburg-Vorpommern	257.355.686	259.504.945	57.287.992	60.979.839	12.966.094	648.094.556
Niedersachsen	992.961.092	1.474.114.400	410.664.074	696.828.032	75.223.231	3.649.790.829
Nordrhein-Westfalen	2.353.031.182	4.195.437.991	911.768.212	2.221.454.684	199.569.935	9.881.262.004
Rheinland-Pfalz	374.240.289	945.734.466	178.488.656	324.311.941	67.154.730	1.889.930.082
Saarland	138.071.448	182.501.316	57.758.504	12.259.089	13.519.369	404.109.726
Sachsen	711.192.238	474.380.397	165.871.847	148.102.742	44.292.335	1.543.839.559
Sachsen-Anhalt	357.428.505	287.131.235	60.946.036	35.383.974	21.443.271	762.333.021
Schleswig-Holstein	347.400.943	723.808.161	151.856.857	35.980.398	37.831.480	1.296.877.839
Thüringen	314.040.921	159.834.224	132.783.003	53.525.359	18.453.668	678.637.175
Deutschland	11.310.839.106	16.662.863.439	6.956.538.289	6.188.076.521	1.027.120.483	42.145.437.838

* Ohne Inklusion, da hier unterschiedliche Szenarien gebildet wurden.

Quelle: Ganze Abbildung aus Jaich 2016, S. 73; Eigene Berechnungen.

Abb. 9: Gesamte Aufkommenswirkungen des GEW-Steuerkonzepts

		in Mrd. Euro
	Lohn- und Einkommensteuer	11,3
	Körperschafts- und Gemeindewirtschaftsteuer	36,3
	Vermögensbesteuerung	26,0
Summe I	Module I, II, III	73,6
	Effektiverer Steuervollzug	12,0
Summe II	3 Module + effektiverer Steuervollzug	85,6
	Finanzproduktsteuer	13,5
Summe III	3 Module + effektiverer Steuervollzug + Finanzproduktsteuer	99,1

Quelle: ganze Abbildung aus GEW 2016, S. 18.

Fazit

- Höhere Ausgaben für Bildung und Soziales (kein Ausspielen gegeneinander) schaffen Wachstum, Inklusion und sichern die Demokratie!
- Ein Abgehen von neoliberalen Mythen ist inzwischen eine Schicksalsfrage in Bezug auf den Erhalt der Demokratie und eines einigermaßen guten Lebens für Alle.